

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
87/A001	Antrag auf Streichung von § 16 Abs. 1 Nr. 4 BekanntgabeV zur 41. BImSchV BV Schwaben	2
87/A002	Barrierefreiheit für die Daseinsvorsorge LFA BY IX - Digitales & Medien	3
87/A003	Starke Reserve für eine starke Bundeswehr BV Oberbayern	4
87/A004	Demokratie-Update Now! BV Oberbayern	6
87/A005	Droge Subvention - einmal konsumiert, Abhängigkeit garantiert Junge Liberale Bayern	8
87/A006	Cyber-Wehr: Landesverteidigung heißt IT-Sicherheit Junge Liberale Bayern	30
87/A007	Schluss mit dem piepsenden Beifahrer! Junge Liberale Bayern	32
87/A008	Mehr allgemeine Fachärzte für das Land! Junge Liberale Bayern	33

Antrag 87/A001: Antrag auf Streichung von § 16 Abs. 1 Nr. 4 BekanntgabeV zur 41. BImSchV

Antragsteller*in:	BV Schwaben
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Antrag auf Streichung von § 16 Abs. 1 Nr. 4**
- 2 **BekanntgabeV zur 41. BImSchV**
- 3 § 16 Abs. 1 Nr. 4 der Bekanntgabeverordnung zur 41.
- 4 Bundesimmissionsschutzverordnung wird gestrichen.

Begründung

Die zu streichende Vorschrift lautet:

„§ 16 Pflichten bekanntgegebener Stellen

(1) Die nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag zur Vertretung oder Geschäftsführung berechtigten Personen der bekannt gegebenen Stelle sind verpflichtet,

(...)

4. keine Aufträge anzunehmen, bei denen mögliche Beeinträchtigungen der Unparteilichkeit das Ergebnis beeinflussen könnten.“

Bei der gegenständlichen Vorschriften geht es darum, dass nach einem Lärmschutzgutachten der beauftragte Gutachter keine weiteren Aufträge mehr annehmen, insbesondere keine Messungen durchführen darf. Die BImSchV will dadurch Interessenskonflikte ausschließen. Diese werden gesehen, wenn die Messung und weitere Aufträge durch das gleiche Ingenieurbüro durchgeführt werden, das auch das Lärmschutzgutachten erstellt hat. Es könne sonst nicht sichergestellt werden, dass Fehler aus der gutachterlichen Beurteilung des selben Ingenieurbüros aufgedeckt werden würden, denn es sei nicht zu erwarten, dass der gleiche Auftragnehmer bei der Messung einräume, im vorausgegangenen Gutachten möglicherweise falsch gelegen zu haben.

Diese Vorschrift in der BImSchV zeugt von einem fehlenden Vertrauen des Verordnungsgebers in den Berufsstand der Ingenieure. Dieses Misstrauen löst jedoch bei den betroffenen Betrieben einen hohen Aufwand aus, nicht nur zuerst einen geeigneten Gutachter zu finden, sondern danach auch noch ein weiteres Ingenieurbüro, das die Messungen und weitere Aufträge durchführt. Das mit dem Gutachten beauftragte Ingenieurbüro ist mit den örtlichen Gegebenheiten bereits vertraut und kann auf seine eigenen Vorarbeiten zurückgreifen. Dies spart Zeit und Kosten, und der betroffene Betrieb muss nicht ein weiteres sachkundiges Ingenieurbüro suchen und beauftragen. Wenn ein Gutachten, Messungen oder andere Leistungen fehlerhaft sind, so bietet das Zivilrecht ausreichende Möglichkeiten gegen mangelhafte Leistungen.

Antrag 87/A002: Barrierefreiheit für die Daseinsvorsorge

Antragsteller*in:	LFA BY IX - Digitales & Medien
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Bayern fordert für Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge
- 2 einen barrierefreien Zugang für alle Menschen.
- 3 Hierzu gehören u. a. öffentliche Verwaltungsvorgänge und auch Dienstleistungen
- 4 wie öffentlicher Nahverkehr, Strom-Gas-Wasserversorgung, Gesundheitsdienste und
- 5 Lebensmittelversorgung.
- 6 Alle diese Dienste müssen ohne zwingende Nutzung von internetfähigen Geräten
- 7 durch den Kunden möglich sein. Das betrifft sowohl die Bestellung/Beantragung,
- 8 die Bezahlung als auch die Bestätigung/Abrechnung dieser Dienste. Hierzu müssen
- 9 bei voll digitalisierten Angeboten, die in der Regel über Internet gebucht und
- 10 bestätigt werden, auch zusätzliche Alternativen geschaffen werden, bei denen
- 11 keine smarten Geräte oder Computer beim Kunden vorausgesetzt werden.

Begründung

Bei allen Vorzügen der Digitalisierung darf nicht vergessen werden, dass es viele Menschen gibt, die aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sind Smartphones zu benutzen.

Das kann z. B. gesundheitliche Ursachen haben (Sehbehinderung, Bewegungsbehinderung, geistige oder mentale Schwächen...) oder auch ganz trivial an der persönlichen finanziellen Situation liegen.

Antrag 87/A003: Starke Reserve für eine starke Bundeswehr

Antragsteller*in:	BV Oberbayern
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Zeitenwende darf sich nicht nur in einer veränderten budgetären Ausstattung
2 der Bundeswehr widerspiegeln, sondern muss auch mit strukturellen Reformen
3 einhergehen. Dazu gehört insbesondere eine Stärkung der Reserve und des
4 Heimatschutzes, die in den vergangenen Jahren wenig politische Beachtung
5 gefunden haben.
- 6 Die Reserve dient nicht nur als Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft,
7 sondern bringt wertvolles ziviles Wissen in die Truppe ein und unterstützt die
8 aktive Truppe. Die Kräfte des Heimatschutzes sind für Schutz- und
9 Sicherungsaufgaben sowie für den Objektschutz – also Szenarien der Landes- und
10 Bündnisverteidigung – vorgesehen. In einem solchen Szenario würden sie
11 eingesetzt, weil reguläre Einheiten der Bundeswehr mit anderen Aufgaben gebunden
12 wären. Zudem umfassen ihre Aufgaben die subsidiäre Katastrophenhilfe und die
13 Unterstützung beim Host Nation Support für befreundete Streitkräfte.
- 14 Als FDP Bayern setzen wir uns insbesondere für folgende konkrete Reformen ein:
- 15 **1. Ein Umdenken bei der Grundbeorderung:** Die Grundbeorderung ist Teil der neuen
16 Strategie der Reserve, um die Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr im Ernstfall
17 sicherzustellen. Sie beinhaltet die grundsätzliche Einplanung in die Reserve
18 aller wehrdienstfähigen Soldatinnen und Soldaten, die aus dem aktiven Dienst
19 ausscheiden – also Soldaten auf Zeit, Berufssoldaten und Freiwillig
20 Wehrdienstleistende. Dies soll sicherstellen, dass sie über einen Zeitraum von
21 sechs Jahren an einer Dienststelle grundsätzlich beordert sind. Das Konzept ist
22 grundsätzlich zu begrüßen, doch in der Praxis erhöht die Grundbeorderung oft nur
23 auf dem Papier die Stärke der Reserve, da nur wenige Ehemalige regelmäßig
24 Reservedienstleistungen leisten. Daher sollen ausscheidende Soldatinnen und
25 Soldaten besser in die Auswahl einer passenden Beorderungsdienststelle
26 einbezogen und in regelmäßigen Abständen vor und nach dem Ausscheiden zu
27 Reservedienstleistungen eingeladen werden. Ziel muss ein für beide Seiten
28 gewinnbringendes Verhältnis sein, in dem die Dienststelle von regelmäßigen
29 Dienstleistungen profitiert und dieses Engagement auch wertgeschätzt wird.
- 30 **2. Aufbau von Grundausbildungsplätzen für Ungediente im Heimatschutz:**
31 Ungediente, die langfristig Interesse daran haben, den Heimatschutz zu
32 unterstützen, werden häufig aufgrund mangelnder Ausbildungsplätze abgewiesen
33 oder müssen lange auf ihren ersten Lehrgang warten. Insbesondere angesichts des
34 wachsenden gesellschaftlichen Interesses an einer Reservistentätigkeit ist es
35 untragbar, dieses Potenzial ungenutzt zu lassen. Wir möchten die
36 Landeskommandos, die in der Regel für die Ausbildung zuständig sind, darin
37 unterstützen, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen. Innovative Konzepte, wie
38 das „Reservisten bilden Reservisten aus“, begrüßen wir ausdrücklich.
- 39 **3. Weniger Bürokratie bedeutet mehr Zeit für Reservedienstleistungen:**

40 Reservisten stehen, ebenso wie große Teile der aktiven Truppe, vor den Mühlen
41 der Bürokratie und leiden unter einer geringen Wertschätzung und Betreuung durch
42 das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw). Vor jeder
43 Reservedienstleistung muss ein sich ständig ändernder Berg an Papierkram
44 bewältigt werden. Die langen Vorlaufzeiten für Beantragungen sind schwer mit
45 einem herausfordernden Berufsleben vereinbar, und ein erheblicher Teil der
46 Reservedienstleistungszeit wird mit dem Ausfüllen von Formularen verbracht. Hier
47 müssen Prozesse vereinfacht und Hürden abgebaut werden, damit Reservisten ihre
48 Zeit effektiv für sinnvolle Dienstleistungen nutzen können.

49 **4. Lockerung der Altersgrenzen für Reservisten:** Wir möchten die im
50 Soldatengesetz normierte Altersgrenze von 65 Jahren lockern, sodass Reservisten
51 auch über dieses Alter hinaus in der Reserve aktiv bleiben können. Die Erfahrung
52 älterer ehemaliger Soldaten ist im Heimatschutz angesichts der neuen
53 Fokussierung der Bundeswehr auf Landes- und Bündnisverteidigung unverzichtbar.

54 **5. Aktive Erfassung Gedienter:** Die Abschaffung der Kreiswehrrersatzinfrastruktur
55 hat zu einer Vernachlässigung der Pflege von Datensätzen ehemaliger Soldaten
56 geführt, was eine große Wissenslücke geschaffen hat. Derzeit hat die Bundeswehr
57 keinen vollständigen Überblick über die wehrfähige und gediente Bevölkerung –
58 ein untragbarer Zustand im Verteidigungs- und Bündnisfall. Daher möchten wir die
59 Erfassung ehemaliger Soldaten stärker in den Blick nehmen und diese Datenlücke
60 so schnell wie möglich schließen.

Begründung

erfolgt mdl

Antrag 87/A004: Demokratie-Update Now!

Antragsteller*in:	BV Oberbayern
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 „Demokratie-Update Now! – Schalten Sie ihre Werte währenddessen nicht aus“: Für
- 2 ein verstärktes Umdenken in der Vermittlung von Demokratie, Freiheit und
- 3 Leistungsgerechtigkeit an junge Generationen
- 4 Spätestens seit den Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023 ist deutlich
- 5 geworden, dass die zentralen Errungenschaften unserer westlichen Gesellschaft in
- 6 Deutschland zunehmend an Zuspruch und Bedeutung verlieren. Freiheit und
- 7 Demokratie auf der einen Seite sowie Leistungsprinzipien und
- 8 Chancengerechtigkeit auf der anderen Seite weichen vermehrt populistischen,
- 9 rechten Sachverhalten und Versprechen.
- 10 Besonders bei jungen Erwachsenen scheinen solche Inhalte zunehmend Anklang zu
- 11 finden. In Bayern lag der Wähleranteil der AfD bei den 18- bis 24-Jährigen bei
- 12 16 Prozent. Gleichmaßen hohe Zunahmen zeigten sich bei den 25- bis 34-Jährigen
- 13 mit 18 Prozent. Gleichzeitig verzeichneten alle demokratischen Volksparteien bei
- 14 diesen Zielgruppen hohe Verluste.
- 15 Mögliche Erklärungsansätze häufen sich, und das Problem stellt sich als deutlich
- 16 komplexer heraus, wenn man Faktoren jenseits des professionellen Social-Media-
- 17 Auftritts der AfD oder des Phänomens der Protestwähler in den Blick nimmt.
- 18 Verschiedene aktuelle Studien zeigen, dass die Folgen der Corona-Pandemie gerade
- 19 bei jungen Menschen zu nachhaltigen Gefühlen der Ungerechtigkeit, Zukunftsangst
- 20 und des Kontrollverlusts geführt haben. Die nachfolgenden Krisen dürften diese
- 21 Dynamiken weiter verstärkt haben. Immer häufiger werden Werte wie Freiheit,
- 22 Leistungsgerechtigkeit, Chancengleichheit sowie die individuelle Verantwortung
- 23 für sich und die Gesellschaft durch die Suche nach Erklärbarkeit,
- 24 Beeinflussbarkeit und Vorhersehbarkeit infrage gestellt – zunehmend ausgetauscht
- 25 und von populistischen Parteien gewinnbringend genutzt.
- 26 Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ oder auch das Wertebündnis Bayern stehen
- 27 beispielhaft dafür, dass schon lange erkannt wurde, dass demokratische und
- 28 freiheitliche Werte immer wieder ins Bewusstsein gerufen werden müssen und die
- 29 Jugendarbeit eine wesentliche Quelle der Demokratiebildung darstellt. Zudem gibt
- 30 es kaum ein anderes Land wie Deutschland, in dem eine so große Diskrepanz
- 31 zwischen hohem politischen Wissen und empfundener Machtlosigkeit herrscht. Der
- 32 ausbleibende nachhaltige Erfolg solcher Initiativen scheint nicht an den
- 33 Grundmotiven, sondern an der Umsetzung einer Vermittlung demokratischer Werte an
- 34 die jungen Generationen zu liegen.
- 35 Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen zeigen, dass es an der Zeit ist,
- 36 über die bloße Auseinandersetzung mit Demokratie und Freiheit hinauszugehen –
- 37 nicht länger zu warten und zu beobachten. Vielmehr drängt sich die Notwendigkeit
- 38 auf, schon in der Konzeption von Vermittlungswegen auf die aktuellen Bedürfnisse
- 39 junger Erwachsener, Jugendlicher und Kinder einzugehen und aufzuzeigen, wie

40 demokratische Werte als direkte Lösungen für berechnigte Ängste, Krisen- und
41 Belastungszustände wirken können. Es ist Zeit für ein Demokratie-Update, das
42 folgende Forderungen umfasst:

- 43 **1. Verstärkte und effektive Verankerung demokratischer und freiheitlicher**
44 **Werte in relevanten Grundstrukturen:** Sowohl in der frühkindlichen als auch
45 schulischen Bildung müssen die zentralen Errungenschaften und
46 Charakteristika der Demokratie in den Fokus gerückt werden. Eine notwendige
47 qualitative und inhaltliche Aufwertung des Politikunterrichts an
48 weiterführenden Schulen sowie die Einführung eines altersgerechten, vom
49 Sachunterricht unabhängigen Politikunterrichts an Grundschulen können die
50 Entwicklung demokratischer Werteorientierungen und politischer
51 Vorstellungskraft in der primären Lern- und Entwicklungsphase fördern.
- 52 **2. Finanzielle Investition in Jugend- und Erinnerungsarbeit:** Dies umfasst zum
53 einen die finanzielle Unterstützung von Schulen zur Umsetzung
54 demokratieorientierter Beteiligungsformate und fachübergreifender
55 Weiterbildung von Lehrkräften. Zum anderen beinhaltet es verstärkte
56 Investitionen in Lehrmaterialien, Jugendorganisationen und
57 demokratievermittelnde Modellprojekte.
- 58 **3. Enge Zusammenarbeit zwischen Politik (Bundes-, Landes- sowie Kommunalebene)**
59 **und Experten (Psychologen, Soziologen, Pädagogen, Jugendtherapeuten,**
60 **Politikwissenschaftlern und Jugendforschern):** Gemeinsam sollen spezifische
61 Konzepte entwickelt und ausgearbeitet werden – basierend auf den
62 derzeitigen Bedürfnissen und „Unmet Needs“ junger Generationen –, um
63 demokratische und freiheitliche Werte an junge Erwachsene, Jugendliche und
64 Kinder zu vermitteln, im Rahmen eines Expertengremiums.

Begründung

mdl

Antrag 87/A005: Droge Subvention - einmal konsumiert, Abhängigkeit garantiert

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 Neben dem ökonomischen Thema der Staatsverschuldung und der Entwicklung
2 der Schuldenstandquote sind es vor allem staatliche Subventionszahlungen, welch
3 ein regelmäßigen zeitlichen Abständen Einzug in den öffentlichen Diskurs finden.
4 Dies ist angesichts des aufsteigenden Subventionsvolumens nicht verwunderlich.
5 Blickt man lediglich auf die relative Änderung des Volumens von Finanzhilfen
6 und Steuervergünstigungen des Bundes zwischen den Jahren 2021 und 2024, so
7 beträgt diese eine Zunahme 77,04 Prozent.

8 Ein zuletzt medial relevanter Fall einer äußerst kontroversen Subventionierung
9 kam im Juni des letzten Jahres (2023) auf: Der Bau einer Intel-Chipfabrik in
10 Sachsen wurde durch monetäre Zuschüsse des deutschen Staates i. H. v. 9,9
11 Milliarden Euro bezuschusst. Subventionierungen sind zurecht aus ökonomischer
12 Perspektive als kontrovers zu betrachten. Schließlich handelt es sich hierbei –
13 anders als beispielsweise im Falle von öffentlichen Investitionen – um staatlich
14 einseitige Übertragungen von Geldleistungen, welche ohne unmittelbar erbrachte
15 wirtschaftliche Gegenleistung ausgeschüttet werden. Alternativ können auch
16 geldwerte Vorteile, etwa Steuervergünstigungen, Preisnachlässe durch Käufe des
17 Staates oder gar Bürgschaften anfallen.

18 Wir Freie Demokraten Bayern betrachten die jüngsten Entwicklungen
19 der Subventionszahlungen und deren Höhe des Bundes unter großen Bedenken in
20 Bezug auf die langfristigen ökonomischen Folgeeffekte. Nicht zuletzt aufgrund
21 des Preisschocks, welcher sich in den signifikant gestiegenen Preisen von
22 Energie, die einen maßgeblichen Betriebsstoff in der Wertschöpfungskette nahezu
23 aller Güter darstellt, und der daraufhin gestiegenen Inflationsrate abgezeichnet
24 hat, kam es zu diesem bedeutenden Anstieg der Finanzhilfen des Bundes. Trotzdem
25 erkennen wir an, dass gewisse ökonomische Situationen existieren, welche den
26 Einsatz von Subventionierungen als legitimes wirtschaftspolitisches Instrument
27 bestätigen. Es ist also notwendig, Subventionspolitik aus einer differenzierten
28 Perspektive heraus zu betreiben bzw. zu bewerten und diese stets einer
29 Folgeabschätzung zu unterziehen.

30

31

32 **1. Der liberale Blick auf Subventionierungen**

33 Wir als liberale Kraft vertrauen zunächst einmal auf den freien
34 Preismechanismus innerhalb der sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung,
35 welcher sich aus Angebot und Nachfrage dynamisch ergibt. Subventionierungen
36 stellen eine direkte Intervention des Staates in das marktwirtschaftliche
37 Geschehen dar, die einige negative Folgeeffekte hervorbringen können. Allerdings

38 ist in einigen wenigen Situationen aus Sicht der Ökonomie eine Subventionierung
39 sinnvoll, beispielsweise dann, wenn externe Effekte oder eine ineffiziente
40 Allokation von Ressourcen auf dem Markt zu korrigieren sind.

41 Der Subventionsbegriff in §12 StabG (Gesetz zur Förderung der Stabilität und
42 des Wachstums der Wirtschaft) konzentriert sich hauptsächlich auf Finanzhilfen
43 und Steuervergünstigungen, welche jeweils durch den Bund als direkte bzw.
44 indirekte Förderungen gewährt werden. Eine abschließende Definition des
45 Subventionsbegriffs ist jedoch in §12 StabG nicht vorhanden. Der politische
46 Diskurs zur Reform bzw. Abbau diverser Subventionsprogramme ist in der Folge
47 hauptsächlich dadurch charakterisiert, dass es bereits Uneinigkeit darüber gibt,
48 welche Eigenschaften genau zu einer Klassifikation einer Subvention darstellen.

49 **Wir Freie Demokraten Bayern bewerten diese Uneinigkeit über eine**
50 **einheitliche Arbeitsdefinition aus ökonomischer Perspektive als sehr mangelhaft**
51 **und fordern daher:**

- 52 • Die Bundesregierung auf, eine Vereinheitlichung und Konkretisierung
53 der Subventionsdefinition aus volkswirtschaftlicher Perspektive zu
54 initiieren, die insbesondere auf klare Weise die Merkmale einer staatlichen
55 Subvention (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen) definiert. Neben dem
56 Bundesministerium für Finanzen (BMF) sollten nationale Institutionen,
57 welche sich mit Subventionszahlungen des Bundes auseinandersetzen, wie etwa
58 dem Umweltbundesamt (UBA) oder dem Institut für Weltwirtschaft (IfW),
59 eingebunden werden, um eine einheitliche Definition anzustreben.
- 60 • Sofern auf nationaler Ebene eine vereinheitlichte
61 Subventionsdefinition determiniert worden ist, befürworten wir es, dass
62 sich die BRD perspektivisch auch auf der europäischen und internationalen
63 Ebene für eine Angleichung des Subventionsbegriffs einsetzt. Zusätzlich
64 hierzu sollten auch einheitliche Berechnungsgrundlagen und -methoden
65 ermittelt werden, damit die berechneten Werte über längere Zeit (und über
66 die nationalen Grenzen hinweg) vergleichbar sind und als Grundlage für
67 politische Entscheidungen dienen können.
- 68 • Daneben sprechen wir uns für einen digitalen, tagesaktuell
69 geführten „Subventionsmonitor“ aus, im Rahmen dessen alle aktiven
70 Subventions- bzw. Förderprogramme des Bundes – unabhängig des Empfängers –
71 übersichtlich und transparent aufgezeigt werden. Das Bundesministerium für
72 Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) stellt zwar mit der Förderdatenbank eine
73 Übersicht der laufenden Förderungen zur Verfügung, jedoch bietet sie keine
74 vollständige Auflistung all dieser. Schließlich führt sie nur
75 Förderprogramme des Bundes, der Länder sowie der Europäischen Union auf,
76 berücksichtigt aber keine Programme von Kommunen, privaten Stiftungen und
77 anderen privaten Trägern.
- 78 • Eine effizientere Förderkulisse des Bundes in Bezug auf Synergien, die
79 durch
80 ein gemeinsames Management der Bundesministerien untereinander wachsen
81 sollen. Auf diese Weise kann es gelingen, dem Ziel eines ausgeglicheneren
82 und sparsameren Haushalts entgegenzukommen. Durch aufeinander abgestimmte,
83 jedoch im monetären Gesamtvolumen geringer zu beziffernde Förderungen kann

84 die Förderkulisse des Bundes in Form von Bündelung, Straffung und
85 Kürzung effizienter gestaltet werden.

86

87 **2. Disziplin bei der Einhaltung subventionspolitischer Leitlinien durch die** 88 **Bundesregierung und erweiterte Grundsätze**

89 Die aktuellen subventionspolitischen Leitlinien der Bundesregierung, welche aus
90 dem 29. Subventionsbericht hervorgehen, stellen wichtige theoretische Eckpunkte
91 für die Form der in Deutschland auszuübenden Subventionspolitik dar. Neben einer
92 Kosten- Nutzung – Analyse, um festzustellen, ob eine Subvention das
93 effizienteste Instrument darstellt, einer regelmäßigen Evaluierung in Bezug auf
94 den Grad der Zielerreichung, Wirksamkeit und Transparenz, die damit verbundene
95 Erfolgskontrolle und auch die grundsätzlich degressive Ausgestaltung sowie
96 zeitliche Befristung verausgabter Finanzhilfen sind elementar, um das
97 Subventionsvolumen unter Kontrolle zu halten.

98 Jedoch erkennen wir anhand der statistischen Kenntnis darüber, dass sich
99 die Finanzhilfen, die für dieses Jahr angesetzt sind, seit 2020 in einem
100 signifikanten Ausmaß gesteigert haben. Zudem wurden in der Vergangenheit einige
101 Subventionierungen getätigt, welche aus ökonomischer Perspektive nicht als
102 effizient zu bewerten sind.

103 ***Die subventionspolitischen Leitlinien müssen endlich eingehalten werden!***

104 Schon in der Vergangenheit hat der Bundesrechnungshof die Bundesregierung
105 häufiger ermahnt, da die aus dem Jahr 2015 beschlossenen subventionspolitischen
106 Leitlinien zwar als Kriterien bei jeder Neueinführung oder Änderung von
107 Finanzhilfen bzw. Steuererleichterungen gelten, jedoch in der
108 subventionspolitischen Realität in einigen Fällen missachtet wurden und noch
109 immer werden. Im Rahmen des Berichts über die Prüfung der Einhaltung der
110 Subventionspolitischen Leitlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und
111 Klimaschutz (BMWK) zu den Einzelplänen 09 und 60 kritisierte der
112 Bundesrechnungshof das Nichtbeachten der Leitlinien in
113 der subventionspolitischen Praxis. Insbesondere den Bericht dieses
114 Bundesministeriums betrachten wir mit Sorge, denn das BMWK ist für 57
115 Finanzhilfen mit einem Finanzvolumen von 32,4 Milliarden Euro zuständig.
116 Betrachtet man die gesamte Summe aller Finanzhilfen, so beträgt der relative
117 Anteil an den für die Finanzhilfen veranschlagten Haushaltsmitteln 71,7 Prozent.
118 Für uns Freie Demokraten Bayern ist dies ein nicht mehr hinnehmbarer Zustand.
119 Daher appellieren wir besonders an das Bundesministerium für Wirtschaft und
120 Klimaschutz, gleichermaßen jedoch auch an die verbleibenden Bundesministerien,
121 die Subventionspolitischen Leitlinien in der Ausgestaltung der Subventions-
122 bzw. Förderkulisse einzuhalten. Auf diese Weise wird eine gesteigerte
123 Wahrscheinlichkeit dafür erreicht, notwendige Spielräume des deutschen
124 Bundeshaushalts zu schaffen.

125 Konkret fordern wir Freie Demokraten Bayern daher eine konkrete Verbindlichkeit
126 der Subventionspolitischen Leitlinien für die Bundesregierung und
127 ihre Subventionspolitik. Sie wurden durch das Bundeskabinett zu Beginn des
128 Jahres 2015 beschlossen, stellen also eine Selbstverpflichtung der

129 Bundesregierung dar. Wir sprechen uns aufgrund der Missachtung in Bezug auf die
130 Einhaltung der Leitlinien dafür aus, diese in Form eines entsprechenden Gesetzes
131 zu manifestieren, um deren Geltungsrahmen verbindlich werden zu lassen.

132 Da die Subventionspolitischen Leitlinien häufig missachtet werden, fällt bei
133 genauer Analyse des 29. Subventionsberichts auf, dass entsprechend den zuvor
134 genannten Leitlinien einige Mängel bestehen, die in Zukunft im Sinne der
135 Transparenz und Abschätzung der Wirtschaftlichkeit zu vermeiden sind. Konkret
136 stellen wir gegenüber dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) die folgenden
137 Forderungen auf:

- 138 • Innerhalb der Subventionsberichte sollten die Finanzhilfen, welche laut
139 der Leitlinien vorrangig als Subvention zu gewähren sind, vollständig
140 aufgelistet werden. Konkret bedeutet dies, dass im Kontext der Finanzhilfen
141 eine vollständige Auflistung dieser zu gewährleisten ist. Während
142 die Unternehmenshilfen zur Überwindung der wirtschaftlichen Folgen des
143 russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Rahmen des 29.
144 Subventionsberichts nicht als Finanzhilfen gewertet wurden, erfolge eine
145 Erfassung solcher Finanzhilfen, für die in diesem Jahr keine
146 Haushaltsmittel vorgesehen sind. Dies führt zu einer erhöhten
147 Intransparenz, weshalb in den zukünftigen Subventionsberichten
148 die vollständige Aufzählung der Finanzhilfen zu leisten ist.
- 149 • Gemäß der Subventionspolitischen Leitlinien sind neue Finanzhilfen
150 durch Einsparungen an anderer Stelle zu finanzieren. Innerhalb des Berichts
151 über die Subventionstätigkeit der Bundesregierung wird jedoch nicht
152 dargestellt, durch welche Einsparungen neu aufgelegte Finanzhilfen
153 gegenfinanziert werden. In Anbetracht des stark gestiegenen
154 Haushaltsvolumens für Finanzhilfen und einer angespannten Situation des
155 Bundeshaushalts muss insbesondere dieses Kriterium in Zukunft strikter
156 eingehalten werden, indem auch die entsprechende Dokumentation innerhalb
157 des Berichts durchzuführen ist.
- 158 • Die Finanzhilfen müssen konsequent zeitlich befristet werden. Zudem
159 soll angegeben werden, seit wann die jeweilige Subventionierung aktiv
160 ist. Gemäß des 29. Subventionsberichts sind lediglich 109 der insgesamt 138
161 Finanzhilfen befristet. Häufig werden Finanzhilfen verlängert, ohne jedoch
162 eine zeitliche Begrenzung einzupflegen.

163 **Wir Freie Demokraten Bayern befürworten grundsätzlich die Konzeption**
164 **der subventionspolitischen Leitlinien der Bundesregierung, sprechen uns jedoch**
165 **für wichtige allgemeine Grundsätze in der subventionspolitischen Praxis aus,**
166 **welche auf Basis der vergangenen Subventionierungen und deren ökonomischen**
167 **Bewertungen aufgestellt werden:**

- 168 1. Finanzhilfen, welche an konkrete Unternehmen zum Zwecke der Niederlassung
169 dieser auf Bundesgebiet verausgabt werden, sollen in Zukunft
170 weitestgehend ausgeschlossen werden.
171 Stattdessen muss die Bundesregierung durch adäquate
172 wirtschaftspolitische Maßnahmen sowie eine attraktive Standortpolitik
173 *nachhaltig* dafür sorgen, dass das Bundesgebiet sowohl durch nationale als
174 auch ausländische Unternehmen als attraktiv wahrgenommen wird.

- 175 2. Subventionierungen sollten nicht für diejenigen Branchen aufgewendet
176 werden, die als nicht zukunftsorientiert bzw. zukunftsfähig bewertet sind.
177 Dabei lässt sich die Zukunftsfähigkeit durch die regelmäßige
178 Analyse zukunftsrelevanter Trends sowie Trendbranchen einstufen.
179 Während zukunftsfähige Branchen tendenziell aus Gründen einer hohen
180 Nachfrage durch die Konsumenten sowie einen hohen Marktanteil auf dem
181 jeweiligen Markt als sehr profitabel einzuordnen sind, besteht für solche
182 Branchen, die als nicht zukunftsorientiert gelten, eine hohe
183 Wahrscheinlichkeit, dass deren Existenz mittel- bis langfristig bedroht
184 ist. Wir erachten es daher als nicht sinnvoll, davon betroffene Branchen
185 (bzw. Unternehmen) zu subventionieren, da diese Subventionen lediglich für
186 einen künstlichen Erhalt der betroffenen Unternehmen sorgen. Ökonomisch
187 betrachtet beginnt dadurch der Prozess der „Zombifizierung“ dieser, die
188 dadurch gekennzeichnet ist, dass der Geschäftsbetrieb als nicht profitabel
189 einzuordnen ist.
- 190 3. Subventionen sollten in der Zukunft nicht in eine durch politische
191 Interessen ausgewählte Art eines Gutes bzw. eine Technologie fließen,
192 sodass der natürliche Mechanismus des freien Marktes, welcher durch eine
193 effiziente Allokation der Ressourcen gekennzeichnet ist, verzerrt oder gar
194 gestört ist. Nicht die Politik sollte darüber entscheiden, welches Gut
195 durch die Konsumenten am meisten nachgefragt wird, sondern der Mechanismus
196 des freien Marktes, der sich aus Angebot und Nachfrage zusammensetzt. Eine
197 Förderung des Staates führt – wie anhand des Beispiels der Subventionierung
198 auf elektrisch betriebene Fahrzeuge zu erkennen ist – nach deren Rücknahme
199 in der Regel zu einem Nachfragerückgang, da eine politische Förderung in
200 der Regel die Ressourcenallokation und damit die Effizienz des Marktes
201 behindert.
- 202 4. Sofern eine Subventionierung sich als ökonomisch sinnvoll erweist, soll
203 anhand der Zielformulierung sichergestellt sein, dass diese möglichst
204 zielführend ausgestaltet ist, um eine möglichst hohe Wirksamkeit zu
205 erreichen. Wenn Subventionen als wirtschaftspolitische Maßnahme ausgewählt
206 werden, dann muss gesichert sein, dass diese wirksam ausgestaltet werden.
207 Dies gilt sowohl für Finanzhilfen als auch Steuervergünstigungen, wenn sie
208 nicht zielgerichtet genug eingesetzt werden.
- 209 5. Neben einer regelmäßigen Evaluierung der Subventionsmaßnahmen soll in
210 Zukunft durch eine ex-ante-Analyse untersucht werden, inwiefern negative
211 Folgewirkungen durch eine Subventionierung zu erwarten sind, etwa
212 Allokationsverzerrungen oder Mitnahmeeffekte.
213 Eine ex-ante-Evaluierung ist eine Analysemethode, die auf die
214 Erklärung zukünftiger volkswirtschaftlicher Zusammenhänge m. H. von
215 Planungs- und Erwartungsgrößen abzielt. Aus diesem Grund erachten wir diese
216 Methode als geeignet, um abschätzen zu können, inwiefern unerwünschte
217 ökonomische Folgebefekte durch die Subventionierung heraus entstehen. Für
218 uns bleibt eines klar: Subventionen müssen wirtschaftspolitisch das Ultima
219 Ratio sein.
- 220 6. Subventionen bzw. Förderungen des Bundes sollten in Zukunft auch auf

221 die Nachhaltigkeit sowie Klima- und Umweltverträglichkeit geprüft werden.
222 Aktuell existieren zahlreiche umwelt- und klimaschädigende
223 Subventionierungen, welche diametral zu dem Ziel der Reduktion der
224 Kohlenstoffdioxid-Emissionen stehen. Während also einerseits
225 kostenintensive Maßnahmen zur umfassenden Dekarbonisierung der
226 Volkswirtschaft umgesetzt werden, finden auf der anderen Seite staatliche
227 Subventionierungen statt, die der angestrebten
228 Dekarbonisierung widersprechen. Aus diesem Grund soll in Zukunft ein
229 verstärkter Fokus daraufgelegt werden, Subventionen umwelt- und
230 klimaverträglicher auszugestalten. Dies kann erfolgen, indem beispielsweise
231 die Subventionsgelder für umweltfreundlichere Produktionsfaktoren
232 verausgabt werden.

233 7. Sofern eine Subventionierung durch ein Bundesministerium angestrebt wird,
234 muss in Zukunft eine schriftliche Kosten-Nutzen-Analyse erfolgen, in der
235 begründet wird, weshalb sich die Subventionsmaßnahme unter Abwägung anderer
236 Instrumente als die effizienteste Maßnahme erweist. Dies soll insbesondere
237 für eine erhöhte Transparenz der Subventionspolitik sorgen. Darüber hinaus
238 stellt der Kosten-Nutzen-Aspekt bereits eine subventionspolitische
239 Leitlinie dar, der durch eine schriftliche Ausführung eine höhere
240 Wichtigkeit beigemessen wird. Die schriftliche Bewertung soll außerdem den
241 Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

242 8. Die Einführung einer Subventionierung muss grundsätzlich aus den
243 Perspektiven möglichst aller betroffenen Interessensgruppen erfolgen, um
244 die unterschiedlichen Effekte berücksichtigen zu können, die durch
245 die Subventionsmaßnahme ausgelöst werden.

246 3. Ökonomisch sinnvolle Subventionen

247 Zwar erachten wir Subventionierungen in einigen Fällen als sehr kritisch,
248 jedoch existieren auch Situationen, in denen eine staatliche Subvention Sinn
249 ergibt. Das Ziel einer maßvollen, adäquaten Subventionspolitik muss es sein,
250 sich auf ökonomisch effiziente und sinnvolle Subventionen zu konzentrieren und
251 staatliche Förderungen darüber hinaus weitestgehend zu vermeiden.

252 **Wir Freie Demokraten Bayern bewerten Subventionen für die folgenden Szenarien**
253 **als ein potenziell legitimes ökonomisches Mittel und appellieren,**
254 **dieses wirtschaftspolitische Instrument möglichst nur in solchen Fällen in**
255 **Betracht zu ziehen:**

- 256 • Im Falle der Korrektur von Marktversagen. Im Falle eines Marktversagens ist
257 der freie Markt ineffizient und gewährleistet keine optimale Allokation
258 der verfügbaren Ressourcen. Die Ursachen für diese Entwicklung kann etwa
259 durch externe Effekte, die Bereitstellung öffentlicher Güter oder auch im
260 Falle natürlicher Monopole sinnvoll sein, wenn für privatwirtschaftliche
261 Unternehmen keine Anreize bestehen, öffentliche Güter anzubieten.
- 262 • Als Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge sowie zur nationalen
263 Sicherheit. Subventionen sind dann sinnvoll, wenn sie nicht nur lediglich
264 einem bestimmten Akteur zugutekommen, sondern der öffentlichen
265 Daseinsvorsorge, da hiervon in der Regel die breite Gesellschaft

266 profitiert. Sie können also dazu verwendet werden, die Bereitstellung
267 grundlegender Güter und Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Wasser-
268 und Energieversorgung zu sichern.

269 • Zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Rahmen einer
270 akuten wirtschaftlichen Rezession ist es sinnvoll, etwa
271 Konjunkturpakete, Nachfragestimulierung oder auch Investitionsanreize als
272 Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftliche Entwicklung möglichst
273 auszugleichen und in einen Aufschwung zu überführen. Um also für einen
274 wirtschaftlichen Aufschwung zu sorgen, ist es hilfreich, auf Subventionen
275 bzw. Förderungen durch den Staat zurückzugreifen. Jedoch ist hierbei zu
276 beachten, dass dieses Vorgehen lediglich auf eine wirtschaftliche Rezession
277 begrenzt werden muss. Es darf nicht zu normalem Verhalten des Staates
278 werden, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben.

279 **4. Langfristigkeit bringt Attraktivität – Standortpolitik und gezielte** 280 **Strukturpolitik**

281 Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik sowie Standortpolitik sind ein
282 zentraler Baustein für eine wettbewerbsfähige Industrie, welche für
283 Wirtschaftswachstum, Wohlstand sowie Arbeitsplätze sorgt. Letztendlich ist eine
284 nachhaltige Standortpolitik deshalb für Deutschland unverzichtbar, weil durch
285 diese mittel- bis langfristig im internationalen Wirtschaftsgeflecht Deutschland
286 als wettbewerbsfähiger Industriestaat für international agierende Unternehmen
287 auf diese Weise attraktiver wird. Gerade dann, wenn Unternehmen innerhalb eines
288 Landes aufgrund der qualitativen bzw. modernen Infrastruktur, einem schlanken
289 und bürokratiearmen Staat, gut ausgebildeten Fachkräften sowie einem gut
290 aufgestellten Forschungs- und Innovationssystem Investitionen tätigen,
291 beteiligen sie sich maßgeblich an dem (ökonomischen) Erfolg dieses Landes, indem
292 sie kumuliert für Wachstum sorgen. Für uns ist an dieser Stelle eines klar:
293 Dauerhaft bestehende wirtschaftsförderliche Rahmenbedingungen können nicht durch
294 Subventionen, sondern insbesondere durch Investitionen des Staates in adäquate
295 Strukturen hervorgerufen werden.

296 Aus einer jüngsten Pressemitteilung des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo-
297 Institut) geht hervor, dass sich Deutschland bei der
298 gegenwärtigen Standortattraktivität für national agierende Firmen lediglich im
299 Mittelfeld Europas befindet. In Deutschland bewerten die durch das ifo-Institut
300 befragten Wirtschaftsexperten die Standortattraktivität mit 61,3 von insgesamt
301 100 Punkten – darüber hinaus gaben die Befragten weiterhin an, dass der Standort
302 Deutschland insbesondere in den letzten zehn Jahren stark an Attraktivität
303 verloren hat. 48 Prozent dieser erwarten in den nächsten zehn Jahren eine
304 weitere Verschlechterung.

305 **Wir Freie Demokraten Bayern positionieren uns klar für eine Priorisierung**
306 **solcher Maßnahmen, welche langfristig und nachhaltig dazu verhelfen, den**
307 **Wirtschaftsstandort Deutschland sowohl für Unternehmen als auch für Fachkräfte**
308 **attraktiv auszugestalten. Dazu fordern wir die Bundesregierung auf, sich auf die**
309 **folgenden Schlüsselkomponenten eines attraktiven Wirtschaftsstandorts zu**
310 **konzentrieren:**

311 • **Bürokratie effektiv für Unternehmen abbauen:** Bürokratische Hürden sorgen

312 noch immer für eklatant hohe Kosten in Unternehmen. In den letzten Monaten
313 wurden einige Anstrengungen durch das Bundesministerium für Justiz (BMJ)
314 unternommen, sodass der Bürokratiekostenindex so stark wie seit einigen
315 Jahren nicht mehr gesunken ist. Trotzdem müssen weitere Anstrengungen
316 unternommen werden, um Bürokratie effektiv abzubauen. Auf diese Weise ist
317 es Unternehmen möglich, Kosten zu erhöhen, sodass ihnen schließlich mehr
318 Kapital für notwendige Investitionen zur Verfügung steht. Nicht selten
319 kommt es vor, dass als Hauptgrund für die Verausgabung von Subventionen an
320 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eine zu starke Regulierung sowie die
321 damit verbundenen Kosten angeführt werden. Die Anstrengungen des
322 Bürokratieabbaus dürfen sich nicht nur lediglich auf nationaler Ebene
323 austragen, sondern müssen auch auf der Ebene der Europäischen Union Einzug
324 finden. Schließlich lassen sich 57 Prozent der bürokratischen Hürden auf
325 die EU zurückführen.

- 326 • **Die Digitalisierung weiter voranbringen:** Die Digitalisierung setzt nicht
327 nur die Arbeit mit digitalen Endgeräten Diese bieten den Grundstock für den
328 Vorteil, der sich aus der Vernetzung dieser Endgeräte ergibt: ein
329 effizientes Arbeiten in Form definierter Prozesse (operatives und
330 strategisches Prozessmanagement). Dies bedeutet, dass es also der Anspruch
331 sein muss, auch in Bezug auf den genannten Bürokratieabbau, die analog
332 vorhandenen Prozesse digital abzubilden – jedoch
333 transparenter, verständlicher und effizienter. Digitalisierung muss sich in
334 nahezu allen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen
335 etablieren, insbesondere in öffentlichen Institutionen, der öffentlichen
336 Verwaltung und der Bildung. Durch eine solche digitale Infrastruktur ist
337 der Standort für Unternehmen attraktiver, da auf diese Weise nicht nur in
338 der Regel ein spürbarer Abbau des Bürokratiwesens erfolgt, sondern auch
339 unkomplizierte sowie zeiteinsparende Prozesse umgesetzt werden, die dazu
340 verhelfen, die Warte- und Bearbeitungszeiten in den für Unternehmen
341 relevanten Angelegenheiten signifikant zu verringern. Effizienzsteigernde
342 Konzepte der Digitalisierung, wie etwa der „Once-Only“- Ansatz, oder die
343 Integration innovativer Technologien, beispielsweise
344 der Künstlichen Intelligenz als Unterstützung für Verwaltungsmitarbeiter
345 und andere Arbeitnehmer, befürworten wir ausdrücklich. Auch diese
346 Technologien tragen durch ihre Funktionsmöglichkeiten zu einem breiten
347 Spektrum an Einsatzmöglichkeiten bei. Als exemplarisches Beispiel zu nennen
348 sind „Conversational Agents“ (Chatbots), die das Potenzial
349 besitzen, inhaltspezifische Sachfragen und weitere Anliegen ihrer
350 jeweiligen Nutzer zu lösen.
- 351 • **Mehr Mut im Bildungssystem wagen:** Bildung ist nicht nur unter den aktuellen
352 Maßstäben von enormer Bedeutung, sondern wird auch in der Zukunft einer der
353 wichtigsten Standortfaktoren für Unternehmen sein. Aus diesem Grund ist es
354 essenziell, das Bildungssystem an die globalen und zukunftsweisenden Trends
355 anzupassen. Das Startchancen-Programm des Bundesministeriums für Bildung
356 und Forschung (BMBF) ist ein wichtiger und richtiger erster Schritt, um im
357 speziellen Schulen in strukturell schwachen Regionen gezielt zu
358 unterstützen. Das Bildungssystem hat jedoch neben zu tätigen

359 Investitionen in modernere und funktionale Bildungseinrichtungen weitere
360 Facetten, die politisch zu berücksichtigen sind. So muss es eine
361 hohe Priorität für die Bundesländer darstellen, auch die Lerninhalte
362 entsprechend der zukünftigen Anforderungen der Unternehmen in den Lehrplan
363 zu integrieren. Die Schule darf nicht mehr ein Ort sein, der das
364 Desinteresse junger Menschen erwachsen lässt, weil sie mit Lerninhalten
365 konfrontiert werden, die in Bezug auf wichtige Anforderungen für die
366 Zukunft keine Relevanz für die Schüler aufweisen. Statt des monotonen und
367 einfältigen Auswendiglernens unterrichtsrelevanter Inhalte müssen in
368 Zukunft verstärkt Kompetenzen, wie etwa strukturierte Problemlösung,
369 vermittelt werden – diese sind für Unternehmen heutzutage maßgeblich.
370 Darüber hinaus ist es wichtig, den Schülern mehr Flexibilität bei der Wahl
371 ihrer Lerninhalte, orientiert anhand ihrer individuellen Stärken und
372 Interessen, einzuräumen. Überdies muss auch die Gestaltung der
373 Unterrichtszeit an die wissenschaftlichen Erkenntnisse über diese
374 angeglichen werden. Eine zunehmende Arbeit in einem digitalisierten Umfeld,
375 Technologien wie Virtual oder Augmented Reality, welche als Erweiterung für
376 die Schüler verwendet werden können und ein größerer Fokus
377 auf gruppengeprägtes Zusammenarbeiten sind zielführend, wenn es um die
378 Bildung der Zukunft geht. Hier dürfen wir für Unternehmen nicht unattraktiv
379 werden!

380 • **Attraktives Land für Fachkräfte:**Die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten
381 Fachkräften stellt für Unternehmen einer der wichtigsten Standortfaktoren
382 dar. Seit Jahren befindet sich Deutschland in einem Zustand des
383 Fachkräftemangels. Hier sehen wir zwei Säulen: Einerseits muss der
384 Fachkräftemangel durch eine funktionierende Einwanderungs- und
385 Integrationspolitik in den Arbeitsmarkt bekämpft werden. Durch bereits
386 vergangene Maßnahmen wie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder die
387 Bezahlkarte für Asylbewerber wurden hier bereits die ersten
388 wichtigen Schritte getätigt. Weiter müssen Maßnahmen ergriffen werden, die
389 dazu führen, dass die Rahmenbedingungen für zugewanderte Arbeitskräfte
390 dauerhaft angepasst sind. Dazu zählen etwa das Erlernen der deutschen
391 Sprache oder Bruch sog. „Parallelgesellschaften“. Die zweite Säule besteht
392 aus der Mobilisierung der Menschen, welche ohne einen Abschluss die Schule
393 verlassen. Laut dem Nationalen Bildungsbericht ist Deutschland auf dem
394 viertletzten Platz innerhalb der EU, wenn es um die Betrachtung der Zahl an
395 jungen Menschen geht, die ohne einen Abschluss die Schule abbrechen. Seit
396 etwa zehn Jahren ist die Zahl dieser Menschen unverändert hoch. Es muss
397 gelingen, diese Defizite verlässlich abzubauen, indem die Ursachen
398 strukturiert herausgearbeitet werden müssen. Zunächst einmal führt die
399 „Abschirmung“ der Bundesländer dazu, dass die betroffenen Menschen aus dem
400 System fallen. Lediglich drei der sechzehn Bundesländer – Bayern, Hamburg
401 und Bremen – leiten ihre Daten über Schulabbrecher an die Bundesagentur für
402 Arbeit. Deren Mitarbeiter können dann zeitnah eingreifen und sich um eine
403 Weiterqualifizierung oder Vermittlung in einen Ausbildungsberuf kümmern.
404 Daher setzen wir uns zunächst dafür ein, dass alle Bundesländer die Daten
405 der Schulabbrecher an die Bundesagentur für Arbeit weiterleiten, um

406 Unterstützung in der Mobilisierung dieser für weitere Maßnahmen zu
407 erhalten. Darüber hinaus gilt es, weitere Ursachen zu analysieren, um
408 geeignete Lösungswege für diejenigen Menschen heranziehen zu können,
409 die ohne einen Abschluss die Schule verlassen.

410 • **Energiesicherheit zu niedrigeren Preisen:** Die Abhängigkeit in Bezug auf
411 russische Gasimporte (bzw. im generellen auf fossile Brennstoffe) durch
412 Deutschland hat eine lange Zeit für niedrige Energiepreise gesorgt. Noch im
413 Jahr 2020 hat Deutschland 65,2% aller Erdgasimporte durch Russland
414 erhalten. Seit Mitte 2021 erlebt jedoch vor allem die energieintensive
415 Industrie innerhalb Deutschlands volatile Preise für Energie. Diese
416 Unsicherheit in der Frage günstigerer Preise für Energie führt zu einer
417 Abwanderung deutscher Unternehmen in solche Länder, die nun
418 durch günstigere Energiepreise attraktiver werden. Besonders betroffen
419 sind Autozulieferer, die ihre Produktion in Deutschland auflösen und neue
420 Werke im Süden der USA eröffnen. Auch laut Experteneinschätzungen des ifo-
421 Instituts wird die Energiesicherheit in Zukunft weiterhin einen eklatanten
422 Einfluss auf die Standortentscheidungen von Unternehmen nehmen. Es muss
423 also eine hohe Priorität der deutschen Bundesregierung sein, für eine
424 Erweiterung des Energieangebots zu sorgen, um langfristig die Kosten zu
425 senken. Dazu ist es zunächst wichtig, weiterhin für einen raschen Ausbau
426 der Erneuerbaren Energien zu sorgen. Um dies zu erreichen, sollen weiterhin
427 Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Dies gilt nicht
428 nur für Deutschland, sondern auch die Mitgliedsstaaten auf der Ebene der
429 Europäischen Union (EU). Wir fordern, dass sich Deutschland verstärkt für
430 kooperative Projekte zwischen Mitgliedsstaaten für den Ausbau Erneuerbarer
431 Energien einsetzt. Aktuell besteht laut dem Statistischen Bundesamt auch
432 innerhalb der EU eine Energieabhängigkeit von 63%, während der Anteil
433 Erneuerbarer Energien lediglich 23% beträgt. Dieser muss weiter ausgebaut
434 werden. Darüber hinaus befürworten wir bilaterale Freihandelsabkommen
435 zwischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie Ländern außerhalb
436 dieser, mit dem Ziel, günstigere Energieimporte durch wechselseitige
437 Export-Import-Verhältnisse zu erreichen.

438 **5. Aktuelle Subventionierungen endlich konsequent abbauen**

439 Blickt man auf die Entwicklung der Höhe der Subventionen, welche durch den
440 Bund gezahlt werden, so stellt man fest, dass das Subventionsvolumen massiv
441 gestiegen ist. Während 2021 die Höhe der gesamten Subventionen, welche sich
442 durch die Addition aus direkten Finanzhilfen und indirekten
443 Steuervergünstigungen ergeben, 37,9 Milliarden Euro betrug, steigt die Summe auf
444 67,1 Milliarden Euro in diesem Jahr. Diese Erhöhung der Förderungen um 29,2
445 Milliarden Euro beruht vor allem auf einem Aufwuchs bei den Finanzhilfen des
446 Bundes.

447 Die Ampelkoalition hat zu Beginn ihrer Amtszeit gefordert, Subventionen in Form
448 von Steuervergünstigungen zurückzunehmen. Jedoch wirft der Bundesrechnungshof
449 der Bundesregierung vor, an ineffizienten Steuervergünstigungen festzuhalten
450 und bestehende Erkenntnisse über diese unzureichend zu berücksichtigen.

451 **Wir Freie Demokraten Bayern bewerten einen nicht eingeleiteten Abbau von**

452 **Subventionen sowie eine weitere Erhöhung staatlicher Subventionierungen aus**
453 **ökonomischer Perspektive als nicht effizient, da sie unterschiedliche negative**
454 **Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung haben können. Zu den**
455 **makroökonomisch virulentesten Wirkungen gehören beispielsweise:**

- 456 • Eine ggf. starke Verzerrung des Wettbewerbs innerhalb eines Marktes durch
457 die einseitige Subventionierung ineffizient und nicht
458 renditeorientiert wirtschaftender Unternehmen. Aus mittel- bis
459 langfristiger Sicht hat dies Folgen für die unmittelbaren Wettbewerber des
460 jeweiligen Marktes, die unter Umständen von größeren Unternehmen, welche
461 die ausgeschütteten Finanzhilfen durch den Staat erhalten haben, von dem
462 Markt gedrängt werden. Das für diesen Zeitraum potenzielle entstehende
463 Wirtschaftswachstum, welches sich durch eine höhere prozentuale Rate des
464 Bruttoinlandprodukts (BIP) ausweist, lässt sich zumeist jedoch lediglich
465 auf die Förderung des Staates zurückführen, nicht jedoch
466 auf wachstumsfördernde Aktivitäten Unternehmen selbst.
- 467 • Der unter Umständen verstärkte Fachkräftemangel, von dem primär der
468 deutsche Mittelstand betroffen ist. In Fällen aufkommender
469 Unternehmensansiedlungen, die durch staatliche Förderungen induziert sind,
470 wie etwa das Beispiel der Intel-Subventionierungen illustriert, werden
471 zunächst Arbeitsplätze geschaffen. Da es sich bei subventionierten
472 Unternehmen jedoch zumeist um internationale Konzerne handelt, verfügen
473 diese in Relation zu mittelständischen Unternehmen über signifikant mehr
474 (monetäre) Ressourcen, welche ihnen dazu verhelfen, Arbeitnehmer zu
475 rekrutieren. In der Vergangenheit hat sich der Effekt, dass einige
476 Arbeitnehmer in mittelständischen Unternehmen abgeworben wurden,
477 des Öfteren bestätigt. Dies hat für den ohnehin beschädigten Mittelstand
478 schwere personalwirtschaftliche Konsequenzen, die nur schwer abzufedern
479 sind.
- 480 • Das Verdecken unattraktiver Standortbedingungen für Unternehmen. Um
481 im internationalen Wettbewerb gut bestehen zu können, sind Standortfaktoren
482 wie ein geringer Bürokratiekostenindex, eine geringe
483 (effektive) Unternehmensbesteuerung und auch günstige Energiekosten für
484 den Wertschöpfungsprozess unerlässlich und maßgebliches
485 Entscheidungskriterium für international operierende Unternehmen. Siedeln
486 sich diese jedoch nur dann in Deutschland an, wenn sie eine staatliche
487 Unterstützungszahlung erhalten, so kaschiert diese lediglich die
488 unattraktiven Standortfaktoren. Dieser Teil des Haushalts fehlt dem Staat,
489 attraktive Standortbedingungen zu schaffen. Aufgrund der zuvor genannten
490 möglichen Auswirkungen sprechen wir uns klar dafür aus, das mögliche
491 Einsparungspotenzial, welches bereits in einigen Berichten ausgezeichnet
492 worden ist, durch den konsequenten Abbau ineffizienter Subventionierungen
493 zu entfalten. Subventionen müssen als eine staatliche Intervention
494 begriffen werden, die in einigen wenigen Fällen ökonomisch sinnvoll ist.

495 **6. Wie der Subventionsabbau bestmöglich gelingen kann**

496 Der Abbau von Subventionen muss überlegt ablaufen, denn insbesondere im Falle
497 von indirekten Steuervergünstigungen stellen sich möglicherweise

498 Gewöhnungseffekte bei den Empfängern dieser ein. Zumeist verschwindet nach
499 längerer Anwendung das Bewusstsein darüber, weshalb die Förderzahlung durch den
500 Bund gewährt worden ist.

501 Für uns Freie Demokraten Bayern ist daher eines klar: Es darf nach unserer
502 Analyse nicht zu Dauersubventionierungen kommen – diese lehnen wir strikt ab.
503 Sie belasten den Bundeshaushalt aus langfristiger Perspektive enorm und lassen
504 eine kumulierte finanzielle Summe entstehen, welche nach Prioritäten hätte
505 verausgabt werden können, um auf diese Weise für bessere Standort- und
506 Rahmenbedingungen zu sorgen.

507 **Stattdessen muss ein Subventionsabbau schon zu Beginn einer Subventionierung**
508 **klar kommuniziert werden. Wir fordern daher für den verlässlichen und**
509 **zugleich stringenten Abbau von Subventionen:**

- 510 • Eine klare und möglichst genaue Angabe über den
511 befristeten Förderungszeitraum schon zu Beginn einer Subventionierung. Eine
512 pauschale zeitliche Höchstgrenze für die Kontinuität von Förderzahlungen
513 lehnen wir an dieser Stelle jedoch entschieden ab, da in der Regel die
514 jeweilige Subventionszahlung in einen unterschiedlichen Kontext einzuordnen
515 ist. Eine verlässliche Angabe über die Dauer der jeweiligen Subvention ist
516 jedoch aus Gründen der Planungssicherheit (insbesondere für Unternehmen)
517 essenziell.
- 518 • Eine kontinuierliche Evaluierung hinsichtlich des zu Beginn
519 angegebenen Förderungszeitraums, sodass im Falle möglicher Anpassungen des
520 zeitlichen Rahmens der Subvention diese frühzeitig erfolgen können.
- 521 • Grundsätzlich eine mehrstufig ablaufende prozentuale Degression. Ein Abbau
522 darf nicht in Form eines 100-prozentigen Abbaus erfolgen. An dieser Stelle
523 gilt dies explizit zu nennen, da laut dem 29. Subventionsbericht der
524 Bundesregierung für einige Subventionierungen keine Degression angesetzt
525 ist. An dieser Stelle betonen wir die Wichtigkeit des degressiven Abbaus,
526 der auch in den subventionspolitischen Leitlinien der Bundesregierung
527 Einzug erhalten hat.

528

529 **Verantwortungsvoller Umgang mit Subventionen – Ursachenbekämpfung**
530 **statt finanzieller Betäubung!**

531 Eine Subvention kann und darf niemals eine dauerhafte Lösung darstellen. In
532 aller Regel existieren unterschiedliche Gründe, weshalb eine Subventionierung
533 herangezogen wird. Bei dem Beschluss einer Subventionsmaßnahme soll die
534 Evaluierung nicht nur lediglich die Fragestellung abdecken, ob und inwiefern
535 ihre Ausgestaltung zu dem Erreichen des Ziels beiträgt, sondern daneben auch,
536 welche Ursachen zugrunde liegen, sodass ein objektiver Grund für das Gewähren
537 einer Subventionierung vorliegt.

538 Bei Empfängern einer Subventionierung stellt sich nach einer längeren Fortdauer
539 dieser ein Gewöhnungseffekt ein. Die Bundesregierung darf das Fortsetzen
540 der Subventionszahlungen nicht auf Dauer gewährleisten, sodass es notwendig ist,
541 neben einer Wirkungsanalyse der Subventionsmaßnahme ebenso zu evaluieren, welche
542 zugrunde liegenden Problemfelder zu der Subvention geführt haben. Im nächsten

543 Schritt müssen auf die Ergebnisse der Problemanalyse abgestimmte und
544 zielgerichtete Maßnahmen ergriffen werden, um politisch eine nachhaltige
545 Grundlage dafür schaffen zu können, die Subventionierungen degressiv abbauen zu
546 können.

547 So werden einige Subventionen durch Umstände, welche durch politische Handlungen
548 angepasst werden können, wie beispielsweise durch einen zu hohen Grad an
549 Bürokratie oder durch zu intransparente bzw. komplizierte Regularien, begründet,
550 welche bei den Empfängern hohe Kosten für deren (monetäre) Ressourcen
551 verursachen. Jedoch stellt die Bereitstellung von Steuergeldern niemals eine
552 permanente Lösung dar – stattdessen muss es also darum gehen, die
553 Rahmenbedingungen langfristig und dauerhaft anzupassen, indem etwa entsprechende
554 Regulierungen vereinfacht oder Bürokratie gezielt in den entsprechenden
555 Bereichen abgebaut wird.

556 **7. Evaluation der Subventionen – Aus den Erfahrungen lernen**

557 In dem Subventionsbericht der Bundesregierung spielt die Evaluation der
558 Subventionen eine wichtige Rolle. Dabei befürworten wir klar die hervorgehobene
559 Wichtigkeit der von dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
560 angestrebten wissenschaftlich fundierten und unabhängigen Untersuchung
561 wirtschaftspolitischer Maßnahmen sowie Förderungen. Schließlich können
562 Evaluationen die nach dem Haushaltsrecht vorgesehene Erfolgskontrolle validieren
563 und die Planung sowie Steuerung von Förderinstrumenten unterstützen. Wir
564 begrüßen es daher sehr, dass das BMWK darüber hinaus institutionelles Mitglied
565 der Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) ist.

566 Zentral für die genannte Erfolgskontrolle sind drei unterschiedliche
567 Dimensionen, die es zu betrachten gilt: die Zielerreichungskontrolle, die
568 Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitskontrolle einer ökonomischen Maßnahme.

569 **Wir Freie Demokraten Bayern erachten die Signifikanz einer regelmäßig**
570 **erfolgenden Evaluierung der Subventionierungen bzw. Förderungsprogrammen als**
571 **sehr hoch an, sehen jedoch auch in diesem Bereich Optimierungspotenzial. Dieses**
572 **kann sich wie folgt weiter entfalten:**

- 573 • Aus Gründen der Transparenz fordern wir das Bundesministerium für
574 Finanzen (BMF) dazu auf, die Evaluationsergebnisse der Finanzhilfen
575 und Steuervergünstigungen zentral zur Verfügung zu stellen. Dadurch sollen
576 die Evaluierungsergebnisse der Subventionsmaßnahmen transparent und digital
577 zur Verfügung stehen, sodass jeder Bürger nachvollziehen kann, inwiefern
578 die Subventionierungen des Bundes effizient und wirksam ausgestaltet sind.
579 Bislang stehen sie zwar online zur Verfügung, jedoch lediglich auf der
580 jeweiligen Website des Instituts, welches die Evaluierung durchgeführt hat.
581 Da hier unterschiedliche Institute für diese Rolle vorgesehen sind, führt
582 dies rasch zu einem hohen Maß an Intransparenz.
- 583 • Weiterhin fordern wir einen Prozess zunehmender Vereinheitlichung in Bezug
584 auf die Evaluierung der Subventionierungen. Der 29. Subventionsbericht
585 der Bundesregierung stellt zu jeder Subvention, welcher er als solche
586 definiert, ein Subventionskennblatt zur Verfügung. Es fällt auf, dass
587 Evaluierungen sehr ungleichmäßig veranlasst wurden und werden. Aus diesem

588 Grund fordern wir, dass zu jeder Subventionierung mindestens eine
589 Evaluierung durchgeführt werden muss. Sofern eine Subventionierung über
590 einen längeren Zeitraum bestehen bleiben soll oder keine zeitliche
591 Befristung zu Beginn dieser vorliegt, soll alle zwei Jahre eine Evaluierung
592 durchgeführt werden. Auf diese Weise wird nicht nur lediglich die direkte
593 Wirkung der Subvention analysiert, sondern auch ggf. auftretende
594 Sekundäreffekte, die auf diese zurückzuführen sind.

595 • Geht aus einer durchgeführten Evaluierung hervor, dass die Ausgestaltung
596 der Subventionsmaßnahme anzupassen ist, um dessen Wirksamkeit zu
597 erhöhen, so soll diese Handlungsempfehlung möglichst rasch umgesetzt
598 werden.

599 • Es muss zu jedem Programm eine Evaluation durch eine externe
600 Institution gewährleistet sein. Während einige Subventionierungen durch
601 unterschiedliche externe Institute analysiert bzw. evaluiert wurden, so
602 sind für andere wiederum lediglich interne Evaluierungen vorgesehen. Auch
603 für solche Subventionsmaßnahmen, welche in zu geringer Anzahl beansprucht
604 worden sind, gilt es, eine externe Evaluierung anfertigen zu lassen, um
605 nachvollziehen zu können, weshalb sie erfolglos geblieben ist.

606 • In Zukunft sollen im Zuge der Evaluierung mögliche Zielkonflikte
607 ebenso dargestellt und erläutert werden, die ggf. durch eine
608 Subventionierung auftreten.

609

610 **Darstellung der Klimawirkung von Subventionen ist erforderlich!**

611 Wie der Bundesrechnungshof im Rahmen seines Berichts konstatierte, hat
612 die Bundesregierung den Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses zur
613 Darstellung der Klimawirkung von Subventionen nur unzureichend umgesetzt. Daher
614 fehlt ein wichtiger Maßstab, um den Effekt von Subventionen auf das Klima
615 abschließend und zuverlässig zu bewerten.

616 Wir Freie Demokraten Bayern fordern daher die Bundesregierung entschlossen auf,
617 die Klimawirkung von Subventionen in einem adäquaten und umfassenden Rahmen
618 zu evaluieren, um eine Bewertung vornehmen zu können.

619 **8. Die Subventionsbremse – ein verlässliches Konzept zur Eindämmung von** 620 **Förderungen**

621 Das dauerhafte Ziel einer effizienten und funktionierenden Marktwirtschaft
622 sollte es sein, Subventionierungen möglichst zu vermeiden. Damit dies auf einer
623 verlässlichen und auch für die Bundesregierung verbindlichen Grundlage
624 geschieht, benötigt es ein Konzept, welches das monetäre Volumen von
625 Subventionen begrenzt. Die Subventionsbremse und deren grundsätzliche Konzeption
626 soll im Grundgesetz verankert werden.

627 **Wir Freie Demokraten Bayern fordern folglich das Konzept der Subventionsbremse**
628 **für den Bundeshaushalt. Das von uns geforderte Instrument soll die folgenden**
629 **Eigenschaften aufweisen:**

630 • Zunächst benötigt es für eine effektiv ausgestaltete Subventionsbremse
631 eine Bemessungsgrundlage. Für eine solche Bemessungsgrundlage muss zunächst

- 632 ein eigenes Konto des Bundes geschaffen werden, von dem lediglich die
633 Finanzhilfen bzw. Förderungen verausgabt werden. Auf diese Weise lässt sich
634 der getätigte Geldtransfer eindeutig quantifizieren und bemessen.
- 635 • Darüber hinaus muss das Ziel des Konzepts im Vorhinein konkret
636 definiert werden, um den Wirkungsmechanismus auf die Zielerreichung
637 abstimmen zu können. Eine Subventionsbremse in unserem Sinne soll
638 zukünftige Subventionen nicht zwangsläufig vermeiden, jedoch:
- 639 • Die Höhe des monetären Subventions- bzw. Fördervolumens nicht in
640 einem unverhältnismäßigen Ausmaß steigen lassen, da in die
641 Zukunft ausgerichtete öffentliche Investitionen essenziell für eine
642 moderne Infrastruktur und die Entwicklung der Volkswirtschaft sind.
- 643 • Den Abbau ineffizienter bzw. unwirksamer Subventionen durch
644 regelmäßige Evaluierungen degressiv vorantreiben.
- 645 • Die quantitative Anzahl von Subventions- und Förderprogrammen auf die
646 für den Bund wichtigsten Anliegen und Interessen möglichst auf dem
647 gleichen Niveau belassen, sodass stets ein Überblick darüber besteht.
- 648 • Basierend auf den zuvor erörterten Zielvorstellungen der Subventionsbremse
649 soll diese aus mehreren Komponenten bestehen:
- 650 • **Volumenregulator:**
651 Der Volumenregulator soll zunächst eine geeignete Höhe der
652 insgesamt verausgabten Subventions- bzw. Fördergelder identifizieren
653 und verbindlich vorgeben. Danach erachten wir es als sinnvoll, wenn
654 als Indikator der prozentuale Anteil der Subventionierungen an dem
655 Haushalt, mit dem Ausgaben und Investitionen getätigt werden können,
656 herangezogen wird.
- 657 • **Investitionskopplung:**
658 Die Investitionskopplung soll im Falle neuer
659 Subventionierungen sicherstellen, dass zuvor *zukunftsorientierte*
660 Staatsausgaben getätigt worden sind. Dazu sollen im Speziellen diejenigen Ausgaben, welche
661 einen Nutzen für die Zukunft aufweisen,
662 etwa für Bildungs-, Infrastruktur- oder Forschungsinvestitionen,
663 kumuliert ermittelt werden. Als Indikator soll eine Investitionsquote
664 herangezogen werden, die ein Mindestmaß an getätigten Investitionen
665 diagnostizieren muss. Nur dann, wenn diese prozentuale
666 Mindestinvestitionssumme, gemessen am Bundeshaushalt, erreicht wird,
667 dürfen Subventionen im Sinne des Volumenregulators getätigt werden.
- 668 • **Rezessionsstimulus:**
669 Im Falle einer wirtschaftlichen Krise, wie etwa die Corona-Pandemie,
670 soll es dem Staat ermöglicht werden, Förderungen, etwa im Rahmen
671 von Konjunkturpaketen, in begrenztem Maße zur Verfügung zu stellen.
672 Diese sollten jedoch *kurzfristig* ausschließlich dem Ziel dienen,
673 die wirtschaftliche Entwicklung zu einem Aufschwung zu verhelfen
674 (Stimulus). Daher sollte der Rezessionsstimulus nur im Falle einer
675 wirtschaftlichen Rezession greifen und für solche Maßnahmen genutzt
676 werden, welche möglichst breite Entlastungen für die Gesellschaft
677 bedeuten, jedoch nicht unter das unwirksame „Gießkannen“-Prinzip zu

678 verbuchen sind. Hier sehen wir beispielsweise breit angelegte
679 Steuersenkungen als wirksames Mittel an.

680 • Die Subventionsbremse soll überdies dazu führen, dass sich die
681 Bundesregierung nicht nur lediglich auf Subventionierungen verlässt,
682 sondern darin bemüht ist, die dahinter liegenden Ursachen möglichst
683 weitestgehend zu beheben. Daher besteht durch die Subventionsbremse eine
684 zunächst standardisierte Frist in Höhe von 4 Jahren, in denen die jeweilige
685 Subvention ohne Verringerung verausgabt werden darf. Nach diesen vier
686 Jahren muss dann der degressive Abbau der Subventionsmaßnahme beginnen,
687 sofern kein außerordentlicher Grund vorliegt, der für eine weitere, jedoch
688 befristete und unveränderte Zahlung der Subventionierung spricht. Während
689 dieser Frist sollte die Bundesregierung daran interessiert sein, eine
690 dauerhafte Lösung als Reaktion auf die Ursachen zu eruieren, um den Fall
einer dauerhaften Subvention abzuwenden.

691 **9. Föderalismus – nicht „Förderalismus“**

692 Deutschland ist durch ein föderales System gekennzeichnet, im Rahmen dessen
693 die einzelnen Bundesländer über eine begrenzte Eigenständigkeit und
694 Staatlichkeit verfügen, aber zu einer übergreifenden Gesamtheit, dem Bund,
695 zusammengeschlossen sind. Aus dem Föderalismus heraus leitet sich ebenso eine
696 föderale Finanzbeziehung ab, sodass Bund, Länder und Kommunen unterschiedliche
697 Aufgaben übernehmen, die durch den jeweiligen Akteur zu finanzieren sind.

698 Jedoch lässt sich aktuell eine Entwicklung beobachten, die nicht nur
699 Ökonomen, sondern auch Verfassungsrechtler kritisch bewerten: Der Bund fördert
700 zunehmend kleinteiliger einige kommunale Projekte, obwohl er im Sinne des
701 föderalen Systems nicht für kommunale Angelegenheiten zuständig ist. Da
702 Kommunen staatsorganisationsrechtlich Teile der Bundesländer sind, regeln
703 Letztere das kommunale Haushaltsrecht und tragen die Verantwortung für eine
704 aufgabengerechte Finanzausstattung ihrer Kommunen. Laut Bundeshaushaltsordnung
705 und resultierend aus einem Verfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 1967 darf das
706 Geld des Bundes nur dann an Kommunen adressiert werden, wenn der Bund ein
707 erhebliches Interesse daran hat, das ohne die Zuwendungen nicht oder nicht im
708 notwendigen Umfang befriedigt werden kann. Aktuell fördert der Bund laut der
709 Förderdatenbank des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimawandel (BMWK) 106
710 Programme, mit denen der Bund – anstelle der zuständigen Bundesländer – direkt
711 Projekte in den Kommunen fördert.

712 **Vor dem geschilderten Hintergrund sowie dem Anliegen wirkungsorientierter
713 und effizient eingesetzter Haushaltsausgaben, welches wir Freie Demokraten
714 Bayern verfolgen, stellen wir die folgenden Forderungen auf:**

715 **1. Das monetäre Fördervolumen des Bundes an Kommunen für deren Projekte**
716 **muss wieder gesenkt und möglichst auf ein adäquates Minimum reduziert werden.**

717 Die Förderungen des Bundes an kommunale Gebietskörperschaften und
718 direkte Förderung an Projekte sollen nur noch inflationsbedingt steigen,
719 ansonsten stagnieren.

720 Wir fordern die Länder dazu auf auch ihren finanziellen Verpflichtungen
721 künftig nachzukommen.

722 Freiwillige Leistungen sollen auf allen Ebenen überdacht und zu jeder
723 Förderperiode neu politisch beschlossen werden.

724 **2. Die Zuständigkeiten des Bundes sowie der Länder (und Kommunen) müssen im**
725 **Falle des föderalen Finanzierungssystems wieder in den Vordergrund gerückt**
726 **werden.**

727 Gemäß Art. 104a GG tragen Bund und Länder gesondert die Ausgaben, „die sich aus
728 der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben [...]“. Daneben gestattet es jedoch Art.
729 104b Abs. 1 GG dem Bund, „zur Abwehr einer Störung des
730 gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“, „zum Ausgleich unterschiedlicher
731 Wirtschaftskraft im Bundesgebiet“ oder „zur Förderung des wirtschaftlichen
732 Wachstums“ den Bundesländern Finanzhilfen für „besonders bedeutsame
733 Investitionen der Länder und der Gemeinden“ zu gewähren.

734 Wir Freie Demokraten Bayern erkennen jedoch nicht bei allen verausgabten
735 Finanzhilfen des Bundes eine der genannten Voraussetzungen erfüllt, sodass wir
736 fordern, zukünftige Förderprogramme im Speziellen in ihrer Bedeutung für den
737 Bund zu analysieren.

738 **3. Die Bundesregierung muss jederzeit einen umfassenden Überblick über**
739 **die Förderprogramme für kommunale Programme haben.**

740 Die Förderdatenbank des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz
741 bietet einen Überblick über Förderprogramme des Bundes, der Länder sowie
742 der Europäischen Union. Ausgenommen sind jedoch Programme von Kommunen,
743 privaten Stiftungen und anderen privaten Trägern. Zum 01. März dieses Jahres gab
744 es demnach rund 2.400 Beiträge – jedoch kann keine Auskunft über das
745 Fördervolumen aller Fördermaßnahmen aller Ressorts gegeben werden.

746 Das muss sich nach unserer Einschätzung ändern. Nur dann, wenn eine
747 jederzeit aktualisierte, vollständige Übersicht aller Projektitel durch die
748 jeweiligen Ressorts sowie die jeweilige Fördersumme verfügbar ist, gelingt es,
749 nachhaltige Haushaltspolitik umzusetzen und dauerhaft verankern zu können, indem
750 Voraussetzungen für das Setzen von Prioritäten etabliert werden.

751 **Folglich fordern wir, dass:**

- 752 • Die Bundesregierung in jedem Haushaltsjahr über eine
753 ressortübergreifende Auflistung aller kommunaler Programmtitel verfügt, die
754 außerdem die verausgabten Förderungen jedes Projekts im Rahmen dieser
755 Programme aufführt.
- 756 • Eine regelmäßige Zusammenkunft aller Ressorts eingerichtet wird, sodass
757 die gemeinsame Planung kommunaler Förderprojekte aufeinander abgestimmt
758 werden kann. Auf diese Weise sollen Möglichkeiten für Synergien und Chancen
759 auf ein gemeinsames, sparsames Management geschaffen werden.

760

761 **4. Für die finanzielle Förderung kommunaler Projektitel durch den Bund soll**
762 **in Zukunft ausführlich begründet werden, inwiefern diese Förderung für den Bund**
763 **eine hinreichende Relevanz aufweist.**

764 **5. Sofern es zu einer Förderung eines kommunalen Fördertitels kommt, muss**
765 **die Förderrichtlinie möglichst Bürokratie-vermeidend ausgestaltet sein, sodass**

766 **es nicht zu zusätzlichen Kosten kommt, wenn eine Förderung beantragt wird.**

767 In der Vergangenheit haben sich einige Förderrichtlinien als sehr komplex
768 erwiesen, sodass viele Kommunen die Beantragung, die Abwicklung sowie das
769 Nachweis- und Prüfverfahren nicht selbstständig nicht schultern konnten. Als
770 exemplarisches Beispiel kann hier der Breitbandausbau angeführt werden, dessen
771 Förderanforderungen des Bundes einige Kommunen dazu zwang, externe Berater zu
772 konsultieren, um Zugriff auf die Förderung zu erhalten.

773 Auch hier setzen wir auf möglichst wenig Bürokratieaufwand, der sich aus
774 einer Förderrichtlinie ergibt. Die Priorität des Bundes muss es sein,
775 die Förderung auf eine solche Weise auszugestalten, dass die Kommunen auf
776 transparente und verständliche Weise einen Förderantrag stellen können, ohne
777 zusätzliche Kosten für Beratungsdienstleistungen aufwenden zu müssen.

778 **10. Klarer Unterschied: Investitionen und Subventionen des Bundes**

779 Politisch wie auch wissenschaftlich besteht Konsens darüber, dass ein
780 signifikanter Investitionsbedarf in Deutschland besteht – dies gilt insbesondere
781 für öffentliche Investitionen. Jedoch muss an dieser Stelle klar erwähnt sein,
782 dass diese Entwicklung nicht auf die in dem Grundgesetz in Art. 109 verankerte
783 Schuldenbremse zurückzuführen ist. Auch wissenschaftliche Studien und neue
784 Evidenzen geben keinen Anlass zu dieser Annahme.

785 Zuletzt erschien eine neue gemeinsame Studie des Instituts der deutschen
786 Wirtschaft (IW) und des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung
787 (IMK), welche einen öffentlichen Investitionsbedarf von 600 Milliarden Euro in
788 den kommenden zehn Jahren diagnostiziert, um die öffentliche Infrastruktur in
789 vielen Teilen zu erneuern. Investitionen sind insbesondere für die Zukunft von
790 hoher Bedeutung – schließlich fließen heute Investitionen in die
791 Rahmenbedingungen von morgen. So hat das Zentrum für Europäische
792 Wirtschaftsforschung (ZEW) für den Bundeshaushalt 2023 eine Zukunftsquote im
793 Gesamthaushalt von 20,0 Prozent berechnet. Dies bedeutet, dass lediglich 20% des
794 Gesamthaushalts für Zukunftsausgaben eingesetzt werden. Dabei ist es die
795 Zukunftsquote, die die Zukunftsorientierung des Bundeshaushalts
796 analysiert, indem sie den Anteil der zukunftsorientierten Staatsausgaben relativ
797 zu den Gesamtausgaben abbildet.

798 **Wir Freie Demokraten Bayern betonen die Wichtigkeit öffentlicher Investitionen**
799 **mit Blick auf das mittel- bis langfristige Wirtschaftswachstum und fordern daher**
800 **in Bezug auf Investitionen und Subventionen:**

- 801 • Die klare Priorisierung, Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen.
- 802 • Eine klare Kopplung von Subventionen und Investitionen in Form
803 der Investitionskopplung im Rahmen der Subventionsbremse.
- 804 • Die weitere und konsequente Einhaltung der Schuldenbremse. Die
805 Schuldenbremse fungiert in erster Linie dazu, den Staat zu einer
806 Priorisierung der staatlichen Ausgaben zu bewegen – dies ist für eine
807 nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik von höchster Bedeutung. Darüber
808 hinaus konstatieren einige wissenschaftliche Evidenzen eine negative
809 Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und dem Grad der Verschuldung auf
810 langfristige makroökonomische Sicht. Es ist also im Sinne langfristig

811 solider Staatsfinanzen wichtig, die Schuldenbremse aufrecht zu erhalten.

812 • Das Einsparpotenzial, welches die hohe Anzahl an Subventionen durch den
813 Bund bietet, zu nutzen. Zwar widerlegt eine veröffentlichte Studie, die
814 durch die Friedrich-Naumann-Stiftung in Auftrag gegeben wurde, dass die
815 Schuldenbremse negative Effekte auf die Investitionstätigkeit hat, jedoch
816 lassen sich durch potenzielle Einsparungen im Bereich der
817 Subventionierungen große Summen generieren, die für andere Zwecke mit
818 dringendem Investitionsbedarf genutzt werden können und sollen.

819 **11. Unsere Position gegenüber Agrarsubventionen des Bundes**

820 Landwirtschaftliche Betriebe können durch verschiedene Institutionen
821 eine finanzielle Förderung erhalten. Das Bundesministerium für Finanzen (BMF)
822 stellt für den Bundeshaushalt dieses Jahres Subventionen von rund 2,36
823 Milliarden Euro für den Agrarbereich zur Verfügung. Knapp die Hälfte des
824 Einkommens eines landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebs in Deutschland
825 besteht aus Subventionen. Dies verdeutlicht, dass Agrarsubventionen für die
826 deutsche Landwirtschaft eine große Rolle spielen. Dementsprechend führten die
827 geplanten Kürzungen der Agrarfördermaßnahmen vor allem im Dezember 2023 und
828 Januar 2024 zu Protesten einiger landwirtschaftlicher Betriebe, die zeitweise
829 den Verkehr lahmlegten.

830 Subventionen sind in der Landwirtschaft ein zentraler Bestandteil. Diese
831 monetären Unterstützungen an Landwirte sollen die hohen Herstellerkosten und
832 strengere Auflagen und Standards der EU-Landwirtschaft ausgleichen, etwa in
833 Bezug auf Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz. Ohne die hohen und
834 kostenaufwendigen staatlichen Förderungen könnte die deutsche Landwirtschaft vor
835 dem Hintergrund zumeist niedriger Weltmarktpreise nicht konkurrieren. Aufgrund
836 dessen dienen die verausgabten Erhaltungssubventionen des Staates also als
837 Einkommenssicherung der landwirtschaftlichen Betriebe.

838 Die Agrarsubventionen setzen sich sowohl aus Finanzmitteln des Bundes als auch
839 der Europäischen Union (EU-Agrarfonds) zusammen. Zuletzt standen jedoch die Kfz-
840 Steuerbefreiung sowie die Agrardieselvergütung zur Debatte – so sollten
841 beide Maßnahmen abgeschafft werden.

842 Wir Freie Demokraten Bayern sehen es als essenziell an, die Landwirtschaft aus
843 der Subventionsabhängigkeit langfristig herauszuführen. Jedoch darf dies
844 nicht unmittelbar erfolgen, sondern durch einen langfristig und inkrementell
845 ablaufenden Abbau, sodass sich die Landwirtschaft ebenso schrittweise an diese
846 Entwicklung anpassen kann.

847 Wir blicken kritisch auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen
848 Union (EU). Diese wurde 1957 in den Römischen Verträgen beschlossen – zu einer
849 Zeit, in der die prekäre Nahrungsmittelsituation noch sehr präsent in Europa
850 war. Um eine allgemeine Versorgung bezahlbarer Lebensmittel sicherzustellen,
851 versuchte die GAP, die Produktivität in der Landwirtschaft zu steigern. Sie
852 besteht jedoch hauptsächlich aus Subventionen, die in großen Teilen
853 wettbewerbsverzerrend wirken und große Agrarkonzerne häufig stärkere profitieren
854 lassen als kleinere Landwirte, die jedoch primär die Zielgruppe darstellen.
855 Insbesondere in Bezug

856 auf Nahrungsmittelimportierende Entwicklungsländer wirken die exorbitant
857 hohen Agrarsubventionen der Europäischen Union sehr schädlich, da sie primär
858 die Einkommen einheimischer Landwirte senken. Sogar der Weltentwicklungsbericht
859 aus dem Jahr 1986 stellt bereits fest, dass ärmere Länder tendenziell das
860 Gegenteil wohlhabender Länder praktizieren: sie erheben Steuern auf die
861 heimische Landwirtschaft, fördern Importe und bremsen Exporte.

862 Überdies muss geprüft werden, inwiefern Raum für den Abbau bzw. Mäßigung
863 der strengen Regularien für Landwirte besteht. Die getätigten Subventionen
864 dienen z. T. als Ausgleich für die im weltweiten Vergleich sehr hohen Standards
865 der EU-Staaten in den Bereichen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz. Diese
866 höheren Auflagen verteuern die Erzeugung von Lebensmitteln und führen dazu, dass
867 die Weltmarktpreise für Agrarprodukte wie Fleisch oder Getreide in der Regel
868 nicht ausreichen, um einen landwirtschaftlichen Betrieb in Deutschland
869 wirtschaftlich zu führen.

870 **12. Ineffiziente Subventionszuschüsse, die auf den Prüfstand müssen**

871 Aktuell werden viele Subventionen (Finanzhilfen und
872 Steuervergünstigungen) verausgabt, die zu dem immens gestiegenen
873 Subventionsvolumen geführt haben. In dem 29. Subventionsbericht der
874 Bundesregierung werden die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes
875 mitsamt der jeweiligen Höhe angegeben.

876 Deutschland wird zudem ein Unterinvestitionsproblem diagnostiziert, weshalb im
877 Zuge der politischen Arbeit häufig die Schuldenbremse infrage gestellt wird. Für
878 uns ist jedoch eines klar: Wir bekennen uns zu der im Grundgesetz
879 legitimierte Schuldenbremse, denn einerseits weist sie flexibilisierende
880 Elemente wie die Konjunkturkomponente auf und andererseits drängt sie die
881 Politik zu einer verstärkten Priorisierung in Bezug auf die geplanten Ausgaben.
882 Auch eine Expertise des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)
883 führt das Unterinvestitionsproblem nicht auf ein zu geringes verfügbares Budget
884 im Haushalt zurück, sondern auf eine falsche Ausgabenstruktur.

885 Nachfolgend werden daher die wichtigsten Subventionierungen des Bundes
886 aufgegriffen, welche wir Freie Demokraten Bayern als kritisch bewerten und daher
887 fordern, diese ebenso kritisch zu hinterfragen. Sie gehören für uns in
888 besonderem Maße auf den Prüfstand und sollen ggf. zu Einsparungen führen.

889 **Zuschüsse zum Kauf elektrisch betriebener Fahrzeuge (Umweltbonus)**

890 Durch einen solchen Zuschuss an Verbraucher, welche sich für den Kauf
891 eines elektrisch betriebenen Fahrzeugs entscheiden, wird zunächst die
892 Nachfrage stimuliert. Jedoch treten einige Folgeeffekte auf, weshalb wir uns
893 gänzlich gegen diese Subventionierung positionieren. Da die Prämie seit 2016
894 ausgezahlt wurde, besteht die Gefahr eines Gewohnheitseffektes. Dieser lässt
895 sich unter anderem auch anhand des Nachfrageverhaltens durch die Konsumenten
896 bestätigen: Durch die Kaufprämie stieg die Nachfrage nach E-Autos. Nun wird mit
897 einem Entfall des Umweltbonus ein Nachfragerückgang antizipiert. Letztendlich
898 besteht hierin auch ein fundamentaler Nachteil, sofern politisch eine Art eines
899 Gutes auf einem Markt durch eine Subventionierung bevorzugt wird: Der Markt und
900 dessen natürlicher Mechanismus wird gestört, sodass die Nachfrage nicht durch

901 effiziente Ressourcenverteilung hervorgeht, sondern lediglich durch die
902 staatliche Förderung. Das Potenzial, eine alternative Technologie zu
903 ermöglichen, welche sich auf dem Markt als effizienter erweist, wurde ebenso
904 negativ beeinträchtigt.

905 **Nationale Klimaschutzinitiative, Maßnahmen zum nationalen Klimaschutz**

906 Jene Maßnahmen, die einen Beitrag zur Erreichung der Nationalen
907 Klimaschutzziele (Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2020 um 40% und bis 2050 um
908 80-95% gegenüber 1990) leisten, werden gefördert. Hierbei handelt es sich um
909 dreistellige Millionenbeträge, die ohne zeitliche Befristung zur Verfügung
910 stehen. Wir positionieren uns klar gegen diese Subvention, da es bereits
911 weitere Subventionierungen gibt, welche als Fördergegenstand Maßnahmen für den
912 Klimaschutz vorsehen, hierbei jedoch beispielsweise auf die Erreichung
913 nationaler Klimaschutzziele im Hinblick auf das Klimaschutzprogramm 2030 sowie
914 die weitestgehende Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2050 abzielen.
915 Darüber hinaus sind andere Förderprogramme zielgerichteter in ihrer
916 Zielformulierung.

917 **Bundesprogramm Aufbauprogramm Wärmepumpe**

918 Laut dem 29. Subventionsbericht der Bundesregierung fungiert diese Förderung
919 als „Qualifizierung von Fachkräften zur Steigerung der
920 Installationskapazitäten“. Wir erachten die Frage der Attraktivität eines
921 Ausbildungsplatzes für potenzielle Fachkräfte als eine strukturelle
922 Angelegenheit, welcher in Form langfristig angelegter Maßnahmen für die
923 Schaffung attraktiverer Rahmenbedingungen zu begegnen ist. So ist der
924 Fachkräftemangel unter anderem aufgrund einer hohen Abbruchs- und Durchfallquote
925 zu rechtfertigen. Die Probleme sind vielfältig – so sind laut Berichten des
926 Hauptgeschäftsführers des Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik Bayern in
927 Großstädten vor allem fehlende Sprachkenntnisse sowie technisches Wissen große
928 Herausforderungen. Auch der Umstand, dass in einigen Fällen eine
929 Weiterbildung aufgrund der Komplexität des Anschlusses einer Wärmepumpe an das
930 Heizungssystem notwendig ist, macht den Ausbildungsberuf unattraktiv. Eine
931 staatliche Förderung erachten wir daher als nicht zielführend für den
932 langfristigen Gewinn an motivierten und kompetenten Fachkräften. Darüber hinaus
933 werden dadurch andere Berufsgruppen im Bereich der Heizungs- und Klimatechnik
934 benachteiligt.

935 Neben den oben genannten Subventionierungen positionieren wir uns darüber
936 hinaus für den degressiven Abbau der nachfolgenden Subventionsprogramme. Als
937 Gründe dafür lassen sich neben einer zu geringen Wirksamkeit durch meist zu
938 unpräzise formulierte Voraussetzungen für den Erhalt einer Förderung, etwa dann,
939 wenn eine Förderung unabhängig von Einkommen und Alter verausgabt wird, auch
940 eine nicht nachvollziehbare Benachteiligung einer bestimmten Branche,
941 Technologie oder Art eines Gutes anführen. Eine solche monetäre Benachteiligung
942 führt zu Verzerrungen auf dem Markt und führt daher zu ökonomischen Nachteilen.

943 Wir befürworten es, die im folgenden genannten Subventionsprogramme für die
944 nächsten zwei Jahre um jeweils 10% abzubauen. Nach dieser Zeitspanne soll ein
945 jährlicher Abbau in Höhe von 5% erfolgen, um einen degressiven und zugleich
946 kontinuierlichen Abbau zu erfüllen. Sofern eine Subventionierung nur für dieses

947 Jahr ihre Gültigkeit aufweist, so ist diese nicht erneut zu verlängern oder zu
948 gewähren.

- 949 • Anreiz zur Stärkung der Film- und Serienproduktion in Deutschland
- 950 • Zukunftsprogramm Kino
- 951 • Export grüner und nachhaltiger (Umwelt-)Infrastruktur
- 952 • Förderung der Computerspieleentwicklung auf Bundesebene
- 953 • Förderung der Aus- und Weiterbildung in der deutschen Binnenschifffahrt
- 954 • Modellvorhaben Radverkehr
- 955 • Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Elektromobilität
- 956 • Förderung der Entwicklung digitaler Lösungen für den Umweltschutz
- 957 • Zuschüsse im Rahmen des Programms „Altersgerecht Umbauen“ der KfW-
958 Bankengruppe
- 959 • Förderung der Aus- und Nachrüstung von Kraftfahrzeugen
960 mit Abbiegeassistentensystemen
- 961 • Zuschuss zur Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
962 in Deutschland
- 963 • Beratung Energieeffizienz

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 87/A006: Cyber-Wehr: Landesverteidigung heißt IT-Sicherheit

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 Nach den blamablen Veröffentlichungen über von Russland abgehörte Taurus-
2 Gespräche im April 2024, kam durch den Verein „Netzbegrünung e. V.“ ans Licht,
3 dass die gesamte bundeswehrinterne Webex-Infrastruktur frei zugänglich und sehr
4 leicht im Internet auffindbar war. Da auch der Bundestag und Behörden Webex
5 nutzen, besteht die Befürchtung, dass auch hier gravierende Sicherheitslücken
6 bestanden. Auch mit der Aufdeckung dieser Lücken ist zu befürchten, dass weitere
7 Schwachstellen in der Deutschen IT-Sicherheit vorhanden sind. Dies zeigt einmal
8 mehr, was viele schon fürchteten: Internet ist für die deutsche kritische
9 Infrastruktur Neuland.

10 Während jedes Unternehmen und jede Behörde das Thema der IT-Sicherheit ernst
11 nehmen muss, um sich selbst zu schützen, fehlt uns national im digitalen Raum
12 das, was Bundeswehr und NATO im physischen Bereich leisten: Verteidigung des
13 eigenen Hoheitsgebiets, Abschreckung von Angriffen und Aufklärung von Gefahren.

14 Wir wollen die Teilstreitkraft CIR stärken, denn ihr fehlen die rechtlichen
15 Kompetenzen, um schlagkräftig gegen Hacker vorzugehen. Mitarbeiter von
16 Bundesbehörden, die an eingestufte Informationen gelangen können, müssen stärker
17 für Sicherheitsvorschriften sensibilisiert werden.

18 **Daher fordern die Jungen Liberalen Bayern:**

- 19 • **Eine klare Aufgabenverteilung:** Der Schutz der digitalen Infrastruktur des
20 deutschen Staates, insbesondere auch das Erkennen und Kommunizieren von
21 aktuellen und kritischen Sicherheitslücken obliegt weiterhin dem Bundesamt
22 für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Dieses soll künftig enger
23 mit der Bundeswehr zusammenarbeiten und diese ggf. bei der Evaluierung und
24 Umsetzung von Maßnahmen unterstützen.
- 25 • **Ein Schwert gegen Angriffe:** Die Bundeswehr soll innerhalb des CIR
26 eine schlagkräftige IT-Verteidigung aufbauen. Hierzu wollen wir einen
27 klaren rechtlichen Rahmen für die benötigten Maßnahmen schaffen, darunter
28 auch Hack-Backs, also ein Gegenangriff als Reaktion auf Cyber-Angriffe,
29 jedoch lediglich als Reaktion auf nachweisbare Angriffe von außen und unter
30 strengen Entscheidungs- und Dokumentationsrichtlinien. Die Ziele eines
31 Hack-Backs müssen auf die Identifizierung der Angreifer sowie die Abwendung
32 des Angriffs und einer weiter bestehenden akuten Bedrohung beschränkt sein.
33 Sollten Behörden über eine solche Schwachstelle Kenntnis erlangen, so muss
34 diese schnellstmöglich den Entwicklern gemeldet und nach einer in der
35 Branche üblichen Frist veröffentlicht werden.
- 36 • **Eine effektive Verteidigung:** Nach dem Vorbild von erfahrenen Unternehmen,
37 wie etwa Microsoft, soll die Bundeswehr ihre eigenen Systeme konstant

38 auf Sicherheitslücken überprüfen und dauerhaft nachsichern. Dazu wollen
39 wir ebenfalls im CIR eine zweigeteilte kleine Abteilung einrichten, welche
40 im Wechsel die bundeswehr-eigenen Systeme angreifen und verteidigen
41 soll. Üblicherweise bekommt ein Team die Aufgabe, in die Systeme
42 einzudringen, das andere versucht, diese abzusichern. Nach kurzen Perioden
43 wird ständig getauscht, sodass das erworbene Wissen um Schwachstellen
44 direkt in der Verteidigung implementiert wird. Das Ziel dieses Teams ist
45 lediglich die Aufdeckung von Angriffen und Sicherheitslücken sowie die
46 Einleitung schneller Gegenmaßnahmen. Die Implementierung obliegt weiterhin
47 den Systemadministratoren. Damit werden auch fremde Angriffe genauso wie
48 die freundlichen schnell von den routinierten Teams aufgedeckt. Da die
49 Absicherung hierüber nicht zeitnah für die vielen Abteilungen der
50 Bundeswehr eingeführt werden kann, soll diese duale Abteilung alle
51 zwei Monate einen Bericht intern herausgeben, in welchem die
52 wichtigsten Sicherheitsmaßnahmen zur Implementierung in allen Abteilungen
53 der Bundeswehr aufgelistet werden. Die Angriffe und Verteidigung sollen
54 sich zudem nach Veröffentlichung des Berichts auf eine neue Abteilung
55 fokussieren.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 87/A007: Schluss mit dem piepsenden Beifahrer!

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Seit 2023 ist für die Fahrzeug-Homologation ein voreingeschaltetes ISA
- 2 (Intelligent Speed Assistance) Pflicht. Dieses System informiert den Fahrer
- 3 akustisch, wenn er die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschreitet.
- 4 Ausgeschaltet werden kann es nur über komplizierte Menüzugänge.
- 5 • Das Erkennen von Verkehrsschildern funktioniert noch nicht so
- 6 prozesssicher, dass der Computer jede Geschwindigkeitsbeschränkung oder
- 7 deren Aufhebung erkennt.
- 8 • Bei Baustellen sind Aufhebungen von Geschwindigkeitsbeschränkungen
- 9 nicht vorgeschrieben. Das System kann dort also nicht korrekt
- 10 funktionieren.
- 11 • Geschwindigkeitsaufhebungen sind häufig am linken Fahrbahnrand und können
- 12 durch Gegenverkehr verdeckt werden. Auch in diesen Fällen funktioniert das
- 13 System nicht.
- 14 • Das Abschalten des Systems während der Fahrt lenkt den Fahrer vom Verkehr
- 15 ab. Dies führt zu höheren Unfallrisiken und ist damit sogar
- 16 kontraproduktiv.
- 17
- 18 **Die FDP Bayern fordert daher die Abschaffung der ISA-Pflicht.**

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 87/A008: Mehr allgemeine Fachärzte für das Land!

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 Während in städtisch geprägten Gebieten die Einwohner flächenmäßig eher
2 zentriert sind, findet in ländlichen Regionen eine Verteilung der Einwohner über
3 den ganzen ländlichen Raum statt. Damit gehen längere Anfahrtswege und -zeiten
4 einher, die die Patienten zwangsläufig akzeptieren müssen, um einen Termin bei
5 einem allgemeinen Facharzt wahrnehmen zu können. Diese Herausforderung ist bei
6 der Zulassung neuer allgemeiner Fachärzte auf dem Land notwendigerweise zu
7 berücksichtigen.

8 Zudem ist durch die ungleiche Verteilung der Einwohner auf den jeweils
9 verfügbaren ländlichen Raum (niedrige Bevölkerungsdichte) und der statistisch
10 höheren Altersdurchschnitt der dort lebenden Menschen zusätzlich zu beachten,
11 dass der ÖPNV in ländlichen Regionen deutlich schlechter ausgebaut ist als in
12 städtischen Gebieten. Damit hat der Großteil der ländlichen Bevölkerung, der
13 neben dem Individualverkehr durch den Pkw auf den ÖPNV angewiesen ist, deutliche
14 Schwierigkeiten, die entsprechenden Arztpraxen im Rahmen eines angemessenen
15 zeitlichen und finanziellen Aufwands zu erreichen. Hinzu kommt die
16 Herausforderung, dass durch die größere Anzahl an älteren Menschen und der
17 innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe auftretenden Multimorbidität eine erhöhte
18 Krankheitslast auftritt. Eine Anfahrtszeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln,
19 die mehr als eine Stunde beträgt, ist nach unserer Einschätzung insbesondere
20 aufgrund des hohen Anteils der Bevölkerung mit hohem Lebensalter nicht tragbar.
21 Auch aus diesem Grund ist es unerlässlich – unabhängig von der Anzahl der
22 vorhandenen Fachärzte – quantitativ mehr Praxen in den ländlichen Gebieten
23 zuzulassen.

24 Insgesamt sind die Gründe für einen unattraktiven Arbeitsplatz als Arzt in
25 ländlich geprägten Regionen sowohl durch administrative als auch strukturelle
26 Hürden und Versäumnisse zu erklären. Einerseits aufgrund der desolaten und nicht
27 vorhandenen, jedoch notwendigen Infrastruktur und andererseits aufgrund einer
28 höheren Zahl an zu betreuenden Patienten auf dem Land sowie weiteren
29 Herausforderungen ist es unattraktiver, auf dem Land die Tätigkeit des Arztes
30 auszuführen, als in Städten. Daher ist es essenziell, an verschiedenen
31 Parametern anzusetzen, um die gesamte Situation sowohl kurz-, als auch
32 langfristig zu stabilisieren.

33 Wir fordern:

34 **Das „Landarztprogramm“ als Grundlage**

35 Wir fordern ein perspektivisch umzusetzendes „Landarztprogramm“
36 für Abiturienten. Im Rahmen dieses Programms soll es Abiturienten ermöglicht werden, einen
37 schnelleren Einstieg in das Medizinstudium zu finden, indem ihnen
38 ein Medizinstudienplatz angeboten wird.

39 **Das Landarztprogramm soll eine Dauer von einem Jahr gelten und folgende**

40 **Eigenschaften enthalten:**

- 41 • Über medizinische Ausbildungszentren, welche in ländlichen Regionen zu
42 finden sein sollen, werden grundsätzliche Inhalte des Humanmedizinstudiums
43 sowie die wichtigsten und grundlegendsten Inhalte der
44 naturwissenschaftlichen Disziplinen, die auch im Rahmen des Studiums
45 relevant werden, vermittelt bzw. gefestigt. Auf diese Weise erhalten
46 Abiturienten bereits vor dem Medizinstudium einen Einblick in thematische
47 Schwerpunkte.
- 48 • Als Aufnahmekriterium darf nicht nur das Abitur infrage kommen, sondern
49 weitere hervorzuhebende, extracurriculare Leistungen, beispielsweise ein
50 soziales Engagement oder der Test für medizinische Studiengänge, der für
51 einige Studenten sowieso eine der wenigen Möglichkeiten darstellt, das
52 Profil für die Aufnahme eines Studienplatzes zu verbessern.
- 53 • Neben der theoretischen Einführung in die medizinische Theorie sollen
54 die Abiturienten in Arztpraxen bzw. medizinischen Versorgungszentren (MVZ)
55 im ländlichen Raum praktische Erfahrung im täglichen Arbeitsleben erhalten.
56 Auf diese Weise können ambitionierte Abiturienten bereits vor dem Studium
57 wertvolle Kenntnisse über den Arbeitsalltag und theoretische Elemente
58 sammeln. Arztpraxen, welche sich an diesem Programm beteiligen möchten, um
59 mittel- bis langfristig ggf. Nachwuchspotenzial zu entfalten, sollen
60 jährlich durch einen adäquaten „Entschädigungsaufwand“ vergütet werden, der
61 anteilig durch das jeweilige Bundesland sowie den Bund gezahlt wird.
- 62 • Nach erfolgreichem Abschluss des Jahres soll es den Abiturienten möglich
63 sein, einen Humanmedizinstudienplatz innerhalb von Deutschland schneller zu
64 erhalten, indem das Vergabeverfahren für die Medizinstudiengänge angepasst
65 wird. Dieses besteht in der Regel aus drei prozentualen Anteilen, die nun
66 etwas modifiziert werden sollen. Es ist zu beachten, dass die Anzahl der
67 verfügbaren Plätze eines Jahrgangs innerhalb der medizinischen
68 Ausbildungszentren begrenzt werden soll, da all den Teilnehmenden nach dem
69 Jahr des Absolvierens ein Studienplatz zuzusichern ist. Schließlich soll
70 der prozentuale Anteil derjenigen, die für einen Jahrgang zuzulassen sind,
71 einen niedrigen einstelligen Wert betragen, etwa zwischen 3 und 5 Prozent
72 der verfügbaren Studienplätze für Humanmedizin.
- 73 • Im Zuge des Landarztprogramms verpflichten sich nun die Absolventen, für
74 die nachfolgenden fünf Jahre nach der fachärztlichen Weiterbildung in
75 der Allgemeinmedizin in solchen Gebieten, die unterversorgt sind, zu
76 arbeiten. Auf Grundlage der einjährigen Erfahrung vor dem Studium ist es
77 möglich, Einblicke in das tägliche Arbeitsgeschäft zu sammeln, um sich eine
78 Einschätzung darüber bilden zu können.
- 79 • Insgesamt ist der relative Anteil der Abiturientenbestenquote um den
80 des Landarztprogramms zu verringern, da nicht nur lediglich die Abiturnote
81 als relevantes Entscheidungskriterium herangezogen werden soll und es sich
82 hierbei um ein effektives Instrument zum Attraktiver werden des Ärzteberufs
83 in ländlichen Regionen handelt. Da sich die jährliche Zahl der
84 verfügbaren Studienplätze quantitativ verändert, wird durch den
85 prozentualen Wert ebenso die Zahl der verfügbaren Plätze an den

86 medizinischen Ausbildungszentren proportional angepasst.

- 87 • Als Lehrende für die angewandten Komponenten wie Physiologie oder
88 Anatomie können erfahrene Landärzte eingesetzt werden, die bereits in Rente
89 gegangen sind. Sie können nicht nur wertvolle Informationen aus der Praxis,
90 sondern auch Hinweise aus dem Alltag eines Arztes auf dem Land mitteilen.
91 Für die naturwissenschaftlichen Elemente soll es Studierenden aus höheren
92 Semestern ermöglicht werden, im Rahmen der lehrenden Tätigkeit neben dem
93 Studium Geld zu verdienen. Darüber hinaus können die Abiturienten auch hier
94 Fragen an bereits erfahrene Studierende der Humanmedizin stellen und so
95 Informationen über das bevorstehende Studium erfahren.

96 Dieses Programm soll die **Landarztquote** ersetzen.

97

98 **Mehr Attraktivität für das Land**

99 Weiterhin fordern die Jungen Liberalen Bayern **administrativ umzusetzende**
100 **Maßnahmen**, um indirekte Anreize für Ärzte zu setzen, die sich infolgedessen dazu
101 entscheiden, ihren Beruf in ländlichen Gebieten nachzugehen.

102 Dies bedeutet konkret:

- 103 • Eine weiterführende qualitative Anpassung der Bedarfsplanung, insbesondere
104 für die Versorgungsebene der allgemeinen Fachärzte, die neben der
105 quantitativen Ermittlung der Anzahl der allgemeinen Fachärzte durch die
106 verfügbaren Verhältniszahlen im speziellen für ländlich geprägte Regionen
107 auch das Problem einer zu geringen Dichte der verfügbaren Arztpraxen
108 berücksichtigt. Zur Festlegung der idealen Zahl an Praxen bedarf es einiger
109 zusätzlicher Indikatoren, welche heranzuziehen sind. Hier sind exemplarisch
110 zu nennen: die Erreichbarkeit durch öffentliche Verkehrsangebote, die
111 Bevölkerungsdichte des jeweiligen ländlichen Gebietes oder auch die Anzahl
112 älterer Menschen innerhalb des jeweiligen ländlichen Raums. Als sinnvolle
113 Maßnahme zur Ermittlung hierfür bietet es sich beispielsweise an, ländliche
114 Regionen in kleinere Gebiete zu unterteilen und die relevanten Daten über
115 diese jeweils zu sammeln. Anhand dessen ist zu ermitteln, wie viele Praxen
116 im Ideal fort anzusiedeln sind. Verschiedene Szenarien, die sich in der
117 Zahl der behandelnden Ärzte pro Arztpraxis unterscheiden, sollten
118 berücksichtigt werden.
- 119 • Eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Ärzten auf dem Land und
120 Krankenhäusern. Hierbei müssen Rahmenbedingungen gelten, die die
121 Unterstützung für solche sektorenübergreifenden Zentren (ambulant sowie
122 stationär) bekunden. Aktuell gehen verschiedene Vertragsmodelle aus dem
123 Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG) hervor, jedoch besteht weiterhin
124 großes Potenzial. Es sollte dahingehend insbesondere in Bezug auf Praxen im
125 bzw. in unmittelbarer Nähe zum Krankenhaus geprüft werden, inwiefern
126 weitere rechtliche Vereinfachungen bzw. Spezifizierungen umgesetzt werden
127 können, da dieses Modell nicht nur für die dort arbeitenden Ärzte, sondern
128 auch für die Patienten und das Krankenhaus weitreichende Vorteile bietet
129 (etwa in Bezug auf Kostenersparnis durch die Nutzung der gemeinsamen
130 Struktur).

- 131 • Flexiblere Ausgestaltungsmöglichkeiten der
132 konsiliarärztlichen Arbeitstätigkeiten an Krankenhäusern. Konsiliarärzte
133 können vor allem dann sehr sinnvoll sein, wenn ein Krankenhaus eine
134 bestimmte medizinische Fachrichtung nicht abdecken kann. Jedoch bestehen
135 insbesondere in diesem Vertragsmodell beispielsweise in Bezug auf das
136 wöchentliche Arbeitszeitkontingent gesetzliche Regelung, die das
137 Überschreiten von 13 Stunden Arbeitszeit pro Woche verbietet.
- 138 • Keine erneute Prüfung der kassenärztlichen Zulassung für eine Praxis
139 nach Übernahme dieser durch einen neuen Arzt in ländlichen Regionen. Die
140 dadurch erfolgende Schließung der Arztpraxis für gesetzlich-versicherte
141 Patienten ist aus mehreren Gründen nicht nur für Letztere, sondern auch die
142 Angestellten selbst ein großer Nachteil.
- 143 • Flexible und unkomplizierte Alternativen zu schaffen, die auf einer
144 Kooperation mit Krankenhäusern basieren und eine kurzfristige, ungeplante
145 Schließung der Arztpraxis ausgleichen. Eine Schließung – außer im Falle von
146 Unfällen oder Krankheitsfällen – darf nicht dazu führen, dass die
147 Arbeitstätigkeit allgemeiner Fachärzte pausiert bleibt. Stattdessen setzen
148 wir uns für flexible Arbeitsmodelle für betroffene Ärzte ein, die für die
149 kurze, zu überbrückende Zeit provisorisch an Krankenhäusern oder in
150 medizinischen Versorgungszentren arbeiten können sollen – unbürokratisch
151 und ohne aufwendigen Arbeitsvertrag.
- 152 **Darüber hinaus gilt es, die Versorgung langfristig sicherzustellen. Dies geht**
153 **jedoch nur dann, wenn wir strukturell bessere Rahmenbedingungen herstellen.**
154 **Daher fordern wir:**
- 155 • Eine möglichst rasch fortschreitende Entwicklung in Bezug auf eine
156 digitale Strategie für Ärzte auf dem Land (Telemedizin). Da jedoch
157 insbesondere ältere Bürger häufig Schwierigkeiten in dem Umgang mit
158 digitalen Endgeräten und Applikationen aufweisen, ist es notwendig, die
159 Bedienung sowie die User Interface (UI) möglichst intuitiv zu gestalten.
160 Für die Telemedizin ist es in der Folge ebenso notwendig, den Zugang für
161 angehörige Dritte rechtskräftig zu gewährleisten, sodass es Angehörigen der
162 Senioren ermöglicht wird, sie – ggf. auch aus der Ferne – in der digitalen
163 Bedienung zu unterstützen.
- 164 • Ebenso in Bezug auf die Telemedizin die Einrichtung von zunächst
165 einer Telemedizin-Praxis in einer ländlichen Region, die eine ärztliche
166 Behandlung ohne die physische Anwesenheit eines Arztes ermöglicht.
167 Bezüglich der Finanzierung gilt es, zu prüfen, inwiefern auf Bundesmittel
168 durch Förderprogramme zurückgegriffen werden kann. Ein Beispiel hierfür
169 könnte das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) darstellen, über
170 welches die „TeleMedicon“-Praxis in Spiegelberg (Heilbronn) realisiert
171 werden konnte. Perspektivisch müssen sich Politik und Gesellschaft für
172 solche neuartige Formen der medizinischen Behandlung auf dem Land öffnen,
173 sodass bei erfolgreicher Annahme dieses Angebots weitere Praxen in ländlich
174 geprägten Regionen zu schaffen sind. Es gilt, den Betrieb wissenschaftlich
175 zu begleiten und im Rahmen einer Studie zu evaluieren.
- 176 • Verbindungen zwischen Landärzten und Medizinstudenten an Universitäten

177 schon frühzeitig herzustellen, um die Wahrscheinlichkeit einer
178 möglichen Praxisübernahme zu steigern. Schließlich ist eine Herausforderung
179 ebenso, eine passende Nachfolge für eine Arztpraxis auf dem Land zu finden.
180 Das kann gelingen, indem universitätsübergreifend Angebote und Programme
181 geschaffen werden, die über die Vorteile eines allgemeinen Facharztes auf
182 dem Land aufklären. Auch freiwillige Informationsveranstaltungen sowie
183 Seminare sollen in Kollaborationen der Universitäten mit ländlich
184 arbeitenden Arztpraxen angeboten werden. Auf diese Weise kann die Arbeit
185 als Arzt auf dem Land unmittelbar an diejenigen adressiert werden, die sich
186 in der Ausbildung dazu befinden.

187 • Den raschen und umfangreichen Abbau von Bürokratie. Im Fokus sollen
188 zunächst bürokratische Hürden abgebaut werden, die während der Gründung
189 einer eigenen Arztpraxis sowie im Zuge der Nachbesetzung solcher relevant
190 werden. Auch das trägt dazu bei, dass es zunehmend unattraktiver wird, eine
191 eigene Praxis im Rahmen der Selbstständigkeit zu gründen oder zu
192 übernehmen. Insgesamt müssen Ärzte 353 Informationspflichten der
193 Kassenärztlichen Bundesvereinigung, des GKV-Spitzenverbands und des
194 Gemeinsamen Bundesausschusses erfüllen. Dadurch entstehen jährlich Kosten
195 i. H. v. 2,3 Milliarden Euro. Hierbei befürworten wir die Einrichtung eines
196 Formularlabors nach dem Vorbild der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-
197 Lippe, um Vertreter von Ärzten, Krankenkassen und Medizinischem Dienst
198 zusammenzubringen. Durch den Austausch der jeweiligen Perspektiven kann
199 ermittelt werden, an welchen Variablen es Bürokratie effektiv abzubauen
200 gilt.

Begründung

Erfolgt mündlich.